Nr. 11 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Freitag, den 14. Januar 1927

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Hara 42/44. Hofgebäude, 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle. Hara 42/44. Fernruf 24605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Heute Entscheidung der Zentrumsfraktion.

Curtius klammert sich an seinen Auftrag.

Gestern erneute Verhandlungen mit dem Zentrum, heute wieder Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Amtlich wird mitgeteilt: Am Donnerstagnachmittag fanden die Besprechungen zwischen den Beauftragten der Zentrumsfraktion des Reichstags, den Abgeordneten von Guérard und Stegerwald und Dr. Curtius und Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Reichswirtschaftsministerium statt. Die Vertreter der Zentrumsfraktion trugen die schweren innen- und außenpolitischen Bedenken vor, die die Zentrumsfraktion gegen die Bildung der von Dr. Curtius in Aussicht genommenen Regierung habe. Daran schloß sich eine eingehende Aussprache. Dr. Curtius hat in Aussicht genommen, am Freitagvormittag über die Ergebnisse dieser Besprechung mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zu verhandeln. Die Vertreter der Zentrumsfraktion nahmen in Aussicht, am Freitagnachmittag eine endgültige Stellungnahme der Fraktion der Zentrumspartei herbeizuführen.

*

Die Verhandlungen zwischen Curtius und den Vertretern der Zentrumsfraktion dauerten 2¾ Stunden. Die Zentrumsfraktion wurde über „die Ergebnisse der Besprechungen" — wie es in dem amtlichen Kommuniqué heißt — im einzelnen nicht unterrichtet. Sie nahm lediglich davon Kenntnis, daß dem Vertrauensmann des Reichspräsidenten und Herrn Stresemann die schweren innen- und außenpolitischen Bedenken gegen den „Besitzbürgerblock" in allen Einzelheiten vorgetragen worden sind und sich daran eine „eingehende Aussprache" anschloß. Daraufhin trat sofort der Fraktionsvorstand des Zentrums zu einer Beratung zusammen.

Das amtliche Kommuniqué zeigt im übrigen, wie fest Herr Curtius sich an seinen Auftrag klammert. Am Donnerstag hat er mit den Deutschnationalen verhandelt und am Freitag wird er wieder verhandeln. So wird die notwendige Entscheidung seinerseits immer mehr hinausgezögert und man gewinnt den Eindruck, daß er gegenüber dem Zentrum eine Art Zermürbungstaktik anzuwenden gedenkt. Es ist an der Zeit, daß die Zentrumsfraktion diesem Zustand durch die für Freitag nachmittag angekündigte „endgültige" Entscheidung" ein Ende macht.

Curtius auf alle Fälle abgelehnt.

Berlin, 14. Januar. (Radiomeldung.)

Es war von vornherein zu erwarten, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags als bürgerliche Institution aus den bisher von ihr gefaßten Beschlüssen nicht ohne weiteres die Konsequenzen ziehen und jede grundsätzliche Diskussion über eine Mitarbeit der Deutschnationalen ablehnen würde. Einmal war das anzunehmen, weil das Zentrum streng darauf bedacht ist, seinen Charakter als Mittelpartei zu wahren. Andererseits aber auch, um gegenüber dem Bürgertum nicht ohne Grund die Alleinschuld für das Scheitern einer sogenannten „Staatsbürgerlichen Regierung" — das ist die Kulisse für den Besitzbürgerblock — auf sich zu nehmen. Am Donnerstag hat diese Taktik nun ihre Anwendung gefunden, ohne daß sich an der grundsätzlichen Einstellung des Zentrums für den Augenblick irgend etwas geändert zu haben scheint. Wenigstens stellt die „Germania" heute ohne großen Kommentar kurz und bündig fest: „Keine Veränderung." Auch die „Tägliche Rundschau" äußert sich ähnlich, während die „Kreuzzeitung" des Herrn Westarp vor „trügerischem Optimismus" in bezug auf die Mission des Herrn Curtius warnt, und die „Deutsche Tageszeitung" hervorhebt, daß nunmehr wenigstens „indirekte Verhandlungen des Zentrums auch mit den Deutschnationalen aufgenommen worden sind".

Die Feststellung der „Deutschen Tageszeitung" zeigt, wie genügsam die deutschnationale Reichstagsfraktion inzwischen geworden ist. Schon „indirekte Verhandlungen" machen ihrem machthungrigen Gemüt große Freude. Das Zentrum wird sich nach seiner bisherigen Einstellung gegen diese Bezeichnung sicherlich verwahren, denn unseres Wissens ist der Vorschlag, die inzwischen begründeten innen- und außenpolitischen Bedenken der Zentrumsfraktion den Deutschnationalen mit der Bitte um eine Gegenäußerung vorzutragen, ausschließlich auf einen Vorschlag des hartnäckigen Herrn Curtius zurückzuführen. Welcher Art diese Bedenken sind, hat die Zentrumspresse in den letzten Tagen wiederholt festgestellt. **Sowohl Dr. Curtius als auch Herr Stresemann waren auch dem „Berliner Tageblatt" nicht in der Lage, diese Bedenken auch nur im geringsten zu zerstreuen, und nach der gleichen Quelle sollen die Deutschnationalen deshalb heute von dem Vertrauensmann des Reichspräsidenten einige Gewissensfragen vorgelegt werden.** Es soll sich insbesondere um eine Stellungnahme ihrerseits zu der Locarno-Politik und zur Weimarer Verfassung handeln. Die „Vossische Zeitung" und das „Tageblatt" rechnen damit, daß nach dieser Stellungnahme die Lage endgültig geklärt sein wird und Dr. Curtius sich noch im Laufe des heutigen Abends genötigt sehen dürfte, seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurückzugeben. Die „Vossische Zeitung" ergänzt diese Vermutung weiter dahin, daß **Curtius noch den Darlegungen der Abgeordneten Guérard und Stegerwald keine Hoffnungen auf eine programmatische Annäherung zwischen Zentrum und Deutschnationalen haben könnte.** Seine Absicht, bei den bestehenden Schwierigkeiten wenigstens eine Regierung der Mitte mit einseitiger Bindung nach rechts zu ermöglichen, scheitert dagegen nach wie vor an der Haltung der Deutschnationalen. Denn die „Deutsche Tageszeitung" erklärt heute morgen wieder, daß auf eine entsprechende Frage an die deutschnationale Reichstagsfraktion „eine ablehnende Antwort" erteilt würde.

Im Interesse des Parlamentarismus, als dessen Anhänger auch das Zentrum betrachtet werden will, wird es nunmehr wahrhaftig Zeit, daß heute eine „endgültige Stellungnahme", und darunter möchten wir in bezug auf den Besitzbürgerblock eine letzte Entscheidung des Zentrums verstehen, herbeigeführt wird. Alle taktischen Winkelzüge sind schließlich zu verstehen, aber letzten Endes sollte die Zentrumsfraktion trotz aller Spießbürger doch erklären, wie es das Organ des Herrn Stegerwald, „Der Deutsche", gestern schon vorsichtig getan hat, und was indirekt auch aus dem bisherigen Beschluß der Zentrumsfraktion hervorgeht, d. h. zunächst, **daß das Zentrum eine Regierung Curtius unter keinen Umständen zu dulden gedenkt, sondern selbst auf die Führung besteht.**

Aus der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Polnische Wanderarbeiter gegen arbeitslose deutsche Landarbeiter.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages behandelte am Mittwoch den Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung. Abg. Wittich (Soz.) kritisierte den skandalösen Zustand, daß **leitende Personen in den Landwirtschaftskammern größere Gehälter beziehen als die Staatssekretäre.** In einer gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft befänden sich nicht weniger als **vier Geschäftsführer mit einem Monatsgehalt von je 2000 Mk.,** also 24000 Mk. pro Jahr. **Der Schrei nach Staatshilfe komme immer wieder ausgerechnet von den Leuten, die sonst den republikanischen Staat in Grund und Boden verdammen.** Die gegen die preußische Siedlungspolitik erhobenen Vorwürfe hätten sich als wenig stichhaltig herausgestellt.

Abg. Brandenburg (Soz.) stellte fest, daß am 15. Dezember **in der Provinz Sachsen noch 3300 arbeitslose deutsche Landarbeiter vorhanden waren, obgleich auf den Gütern noch 15000 Ausländer beschäftigt wurden, die zu diesem Termin schon außer Landes hätten sein müssen.** Die Uebelstände in der Wohnungsfrage, betonte Brandenburg, werden durch die Abschaffung der Zwangsbewirtschaftung der Werkswohnungen nicht beseitigt. Auch die Arbeitgeber, die an den Gutshäusern kostspielige An- und Umbauten vornehmen lassen, müssen mehr Werkswohnungen bauen. **Im Bezirk Erfurt haben die Unternehmer keine, in den Bezirken Magdeburg und Merseburg nur 24 Werkswohnungen gebaut, während 123 Landarbeitereigenheime geschaffen worden sind.** In Schlesien und Sachsen verhinderten behördliche Stellen zusammen mit den Unternehmerorganisationen die Beschäftigung von arbeitslosen Landarbeitern beim Talsperrenbau von Ottmachau. Das ist eine Beschränkung der Freizügigkeit schlimmster Art. Abschließend verlangte Brandenburg, daß **die Unterstützung der völkischen Arbeitnehmerbewegung durch die Landwirtschaftskammern aufhören müsse,** und die Annahme der sozialdemokratischen Anträge, die Weihnachtsbeihilfe auf alle Arbeiter auszudehnen, die dem Landwirtschaftsministerium unterstehen.

Deutsch-türkischer Vertrag.

Nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung.

Der am Mittwoch in Konstantinopel unterzeichnete deutsch-türkische Handels- und Niederlassungsvertrag beruht auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung. Darüber hinaus aber hat man tarifliche und Sondervereinbarungen getroffen. Nach den Sondervereinbarungen gewährt Deutschland die erleichterte Einfuhr von Agrarartikeln (Rosinen, Feigen, Mandeln, Haselnüssen, Eiern usw.). Bevorzugt werden auch einige Textilrohstoffe und weiter die Einfuhr von Teppichen. Deutschland ermäßigt bezüglich der Teppicheinfuhr den Satz von 2400 Mk. pro Doppelzentner auf 800 Mk. Demgegenüber erklärte sich die Türkei zu wertvollen Zugeständnissen für die deutsche Einfuhr von Spielwaren, Lederwaren und gebundenen Büchern bereit.

Für den Handelsvertrag ist eine Dauer von zwei Jahren und für den Niederlassungsvertrag eine Dauer von drei Jahren vorgesehen. Die Verträge können beliebig, bei einer sechsmonatigen Kündigungsfrist, verlängert werden.

Selbstmord eines Reichswehroffiziers. Am Donnerstag erschoß sich in Paderborn ein Leutnant des dort stationierten Reichswehrregiments Nr. 18. Die Beweggründe sind unbekannt.

„Revolutionäre" Spießbürger-Ideologie.

Von M. Abramowitsch (Jesimof).

Rußlanddelegationen . . .

Man kommt zu den Arbeitern in die Betriebe und sagt: „Schickt doch irgend jemand in eigener Person nach Rußland, er soll sich die Dinge dort mit eigenen Augen ansehen, auf daß ihr dermaßen Bescheid erhaltet um das Leben und die wirkliche Beschaffenheit der russischen Wirtschaft." —

Nun: Dieser ganze Rußland-Delegiertenrummel wäre, an sich genommen, viel zu belanglos, als daß es sich lohnen würde, ihm besondere Beachtung zu schenken, wenn nicht weit etwas Bösartigeres und weniger Belangloses als die kommunistischen Propagandaröte dahinter stäke.

Nicht der Umstand ist hier von Bedeutung, daß ein Arbeiter aus dem Betriebe, der nicht die nötige Vorbereitung und die Geübtheit des Blickes für komplizierte Wirtschaftszusammenhänge besitzt, der dieses wildfremde Land sein Lebtag noch nie gesehen und von der Sprache dieses Landes und seiner Völker keine Ahnung hat, von einer zwei-, vier- oder sechswöchigen Spazierfahrt wahrlich doch kein nennenswertes Wissen um das Wirtschaftsleben dieses Landes davontragen kann. Das wäre an sich noch belanglos, weil privates Erlebnis und Erfolg oder Mißerfolg des betreffenden Rußlandgängers. Allerdings: die primitive Logik, auf die sich die Propaganda für Rußlanddelegationen stützt, findet bisweilen ihren Widerhall gerade in der Primitivität der Herzen. Mögen diejenigen, die naiv genug sind, sich von derartigen Reisen einen Erfolg zu versprechen, nach Rußland fahren, eine Anzahl mehr oder minder interessanter Erlebnisse davontragen, sich dem naiven Glauben hingeben, daß ihre Erlebnisse und Wahrnehmungen die Wirklichkeit des russischen Wirtschaftslebens widerspiegeln, und so lange in ihrem Glauben selig bleiben, als dieser noch anhält. Das ist schließlich ihre Sache. Es ist Sache ihrer persönlichen Erlebnisse und — wie die Zeit für die meisten es auch unweigerlich mit sich bringt — Enttäuschungen.

Aber: kann man denn die Wirtschaft der Jetztzeit, die Wirtschaft des industriellen Kapitalismus, in ihren weitverzweigten volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen und Abhängigkeiten überhaupt mit leiblichen Augen sinnlich-unmittelbar sehen? Oder ist es nicht vielmehr der Betrieb, den das Auge wahrnimmt? Nicht aber der wirtschaftliche Inhalt dieses Betriebes, der doch allein dessen Existenz ausmacht?

Gewiß: es gab bereinst solche Zeiten, wo ein derartiges sinnlich-unmittelbares Wahrnehmen der wirtschaftlichen Zusammenhänge durchaus möglich war. Es war dies die Zeit des aufblühenden, handwerkszeuglich betriebenen selbständigen Kleinhandwerks. Bekanntlich produziert ja der Kleinhandwerker lediglich für den Platz und nicht darüber hinaus. Alle wirtschaftlichen Zusammenhänge und Beziehungen des Kleinhandwerks wickeln sich somit an Ort und Stelle ab. Sowohl das Verhältnis zwischen den Produzenten und seinen Bezugsquellen, als auch dasjenige zwischen ihm und den Verbrauchern. Wenn man vor etwa 100 oder 150 Jahren nach so einem kleinen Flecken hinkam, einen Blick in die Stuben der Kleinhandwerker warf, und noch dazu den Marktplatz an dem betreffenden Markttag besuchte, so hatte man tatsächlich alles raus, da doch in diesen Stuben und in den engen Gäßchen des Fleckens der gesamte, die Existenz des Kleinhandwerks bedingende Wirtschaftsverkehr sich restlos abwickelte. Hier war alles übersichtlich, unmittelbar gegeben, sinnlich wahrnehmbar und durchsichtig. In der Wirtschaft wie auch im übrigen gesellschaftlichen Alltag. Aus dieser Zeit des emporkommenden Kleinhandwerkers und Spießbürgers stammt auch die Weisheit und Logik unserer Altvorderen, die da lautet: „Was meine Augen sehen, das stimmt, und nur das stimmt, was meine Augen sehen. Was meine Augen nicht sehen, ist zumindest zweifelhaft." — Diese spießbürgerliche Logik des absoluten Verlesses auf das eigene Auge und der Beschränkung des Wissens um die Dinge auf das unmittelbar Sichtbare entspringt und entspricht auch, wie wir sehen, voll und ganz einer Zeit, wo die Wirtschaftsbeziehungen der Menschen infolge ihres engmaschigen lokalen Charakters ebenso übersichtlich wie unmittelbar wahrnehmbar waren.

Anders, ganz anders mußte es aber mit dem Augenblick werden, wo die Maschine und der durch diese hervorgerufene mächtige Großbetrieb in Erscheinung traten.

Das heutige Industrieunternehmen bezieht seine Rohstoffe und Halbfabrikate von irgendwo weit, weit her, verschickt seine Erzeugnisse nach irgendwo weit hin. Was den wirtschaftlichen Gehalt, die Tragfähigkeit und Existenz eines derartigen Unternehmens ausmachen, das sind tausend Dinge, Begebenheiten und Zusammenhänge, die sich in weiter Ferne, in volks- und weltwirtschaftlichem Rahmen abwickeln: In- und Auslandskonkurrenz, Angebot und Nachfrage, Weltmarktkonjunktur und dergleichen mehr. Das sind lauter „unsichtbare" Dinge, die man durch das bloße persönliche Dabeisein im Betriebe, also unmittelbar mit dem Auge noch nicht wahrnehmen kann. Jedes einzelne Industrieunternehmen ist in entscheidender Weise in das Netz der volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge eingesponnen, und ist nur in den letzteren und durch diese möglich.

Daraus folgt: Die Wirtschaft unserer Zeit läßt sich nicht durch Augenscheinnahme erkennen, sondern nur indem man jedes einzelne Unternehmen wie auch überhaupt jede einzelne wirtschaftliche Erscheinung unter dem Gesichtswinkel des allumfassenden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0001

existenzbedingenden Zusammenhangs mit dem volks- und weltwirtschaftlichen Ganzen untersucht und erst aus diesem Zusammenhange heraus ihren wahren Inhalt zu erfassen trachtet. Diese Art des erkenntnismäßigen Herangehens an die Wirtschafts- und Lebensvorgänge ist nun diejenige, die dem modernen Proletariat besonders nottut, da man nur mit ihrer Hilfe die industriekapitalistische Wirtschaft richtig erkennen kann. Richtige Erkenntnis und genaues Wissen um die innere Beschaffenheit der heutigen Wirtschaft sind aber unerläßliche Vorbedingungen zu deren Eroberung. Diese Denkeinstellung ist aber zugleich die proletarische; sie bildet das kennzeichnendste Moment des proletarischen Klassenbewußtseins, denn Klassenbewußtsein bedeutet in erster Linie klassentypisches, klasseneigenes Bewußtsein, das in seiner Einstellung anders ist als dasjenige der übrigen Gesellschaftsklassen. Die unerläßliche Voraussetzung zum Aufkommen des proletarischen Klassenbewußtseins ist somit, daß die Arbeiterschaft sich von der nichtproletarischen, altfränkischen, kleinbürgerlichen und spießbürgerlichen Denkeinstellung des Handwerkszeitalters befreie, seine gesamte Denkweise umstelle, modernisiere, dem Geist der Zeit des Großbetriebes und der Weltwirtschaft anpasse. Für diese Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins sorgt bereits das Leben selbst, indem es die Abhängigkeit jedes einzelnen Unternehmens vom wirtschaftlichen Ganzen immer offenkundiger zutage treten läßt und somit auch dem ungeschulten Arbeiter das Denken in großen Zusammenhängen leichter macht. Sorgt indes das Leben für diese Entwicklung, die kommunistische Propagierung der Rußlanddelegation sorgt hingegen dafür, daß dieser Entwicklungsprozeß des proletarischen Klassenbewußtseins möglichst gehemmt und unterbunden werde. Denn indem man in die Gehirne der weiten, noch mangelhaft-bewußten Arbeiterkreise die persönliche Inaugenscheinnahme als das gegebene Mittel zur Erkenntnis der russischen Wirtschaft immer und immer wieder prägt, züchtet man die künstliche Weitererhaltung der handwerkerisch-spießbürgerlichen Logik des absoluten Verlasses auf das eigene Auge und der sinnlich-beschränkten Wahrnehmung. Diese Denkeinstellung ist aber, wie wir gesehen haben, antiproletarisch-reaktionär. Für die Weiterentwicklung der modernen Arbeiterschaft ist sie von durchaus klassenschädigender Wirkung.

Dies, und nur dies ist es, das mich als Sozialisten veranlaßt, gegen den Rußlanddelegierten-Rummel Stellung zu nehmen.

Der amerikanische Militarismus vor den Toren Mexikos.

Die Auseinandersetzungen zwischen Amerika und Mexiko nehmen von Tag zu Tag schärfere Formen an. Es handelt sich, wie immer deutlicher ersichtlich wird, um einen provozierten Kampf des amerikanischen Kapitalismus und der ihm untergebenen Washingtoner Regierung **gegen die Vormachtstellung der Arbeiterschaft in Mexiko.** Geld fließt zu diesem Zweck in Hülle und Fülle, und mit nichts anderem begründet man die unerhörten Vorgänge als mit dem Schreckgespenst der bolschewistischen Gefahr in Mexiko. In Europa kennt man dieses Schlagwort und seine verlogene Bedeutung zur Genüge. Nur reaktionäre Tendenzen haben sich bisher hinter ihm verborgen. Die heutigen Zustände in Italien und Litauen bilden dafür drastische Beispiele.

Im Auftrage des Präsidenten Coolidge hat das amerikanische Kriegsministerium bereits 13 000 Mann an der mexikanischen Grenze zusammengezogen. Auch das dürfte den von den mexikanischen Gewerkschaften gewählten Präsidenten Calles nicht abhalten, die Dinge mit nüchternem Verstande zu betrachten. Immerhin steht das Signal auf Sturm, der einzig und allein auf die Washingtoner Regierung zurückzuführen ist. Sie und mit ihr der amerikanische Kapitalismus tragen im gegebenen Falle die Schuld für das Verbrechen neuer blutiger Auseinandersetzungen.

Das Redeverbot gegen Hitler bleibt bestehen. Der Rechtsausschuß des Reichstages lehnte am Donnerstag mit allen Stimmen gegen die der Rechten einen völkischen Antrag ab, der die Aufhebung des Redeverbotes gegen Adolf Hitler verlangte. Annahme fand dagegen mit 16 gegen 10 Stimmen ein Antrag Dr. Rosenfeld (Soz.), die Reichsregierung zu ersuchen, bei den beteiligten Landesregierungen darauf hinzuwirken, daß vorbeugende, der gesetzlichen Begründung entbehrende Rede- und Versammlungsverbote nicht erlassen werden.

Holländische Gewaltmaßnahmen auf Sumatra.

Berlin, 14. Januar. (Radiomeldung.)

Anläßlich der letzten Unruhen auf Sumatra sind bisher insgesamt 900 Personen verhaftet worden. Soweit die Führer nicht getötet wurden, befinden sie sich restlos in Haft.

Die holländische Regierung plant, ein bestimmtes Gebiet auf Neuguinea als Unterkunftsstätte für politische Verbrecher einzurichten. Es ist eine Strecke gewählt, die weder Post noch Telegraph besitzt und wo der Bewachungsdienst starke Erleichterungen bietet. **Die Internierung soll in Gruppen von je zehn bis fünfzehn Mann erfolgen.**

In Anbetracht der klimatischen Verhältnisse im Digul-Gebiet unterscheidet sich die Strafverbüßung in dieser Gegend nicht nennenswert von einem furchtbaren Siechtum mit Todesersatz.

Das unabhängige China.

Chinesische Arbeiter-Demonstration gegen die englischen Ausbeuter in einer der Hauptstraßen Kantons.

Barmat-Prozeß.

Wie Barmat nach Deutschland kam, und was er mitbrachte

Der zweite Verhandlungstag des Barmat-Prozesses begann mit der Verkündung des Gerichtsbeschlusses, daß die Ablehnung des Regierungsrats Selckmann wegen Besorgnis der Befangenheit für begründet erachtet wird. Selckmann soll lediglich über die von ihm festgestellten Tatsachen als sachverständiger Zeuge gehört werden.

Bei der weiteren Vernehmung des Hauptangeklagten Julius Barmat versucht dieser zunächst unter Ueberreichung zahlreicher Belege nachzuweisen, daß er nicht als kleiner „Schnorrer", sondern bereits als millionenreicher Kaufmann nach Deutschland gekommen ist. Aus Bilanzen und Schreiben von Banken geht hervor, daß er seinem Schwager 1920 Akkreditive für Amerika in Höhe von zwei Millionen Dollar aus eigenen Mitteln eröffnet hat. Barmat gibt zu, in den darauffolgenden Jahren auch größere Beträge verloren zu haben. Ohne sich zahlenmäßig festzulegen, gibt er dem Vorsitzenden gegenüber sein Vermögen im Jahre 1920 auf umgefähr neun Millionen Mark an. Im weiteren Verlauf der Vernehmung erklärt Barmat, nicht aufs Geratewohl nach Deutschland gekommen zu sein. Während des Krieges habe ihn in Holland die Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft wiederholt um Rat gefragt, vor allem auch 1918, als es sich bei den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland darum handelte, die Stimmung in Holland festzustellen. Von der Deutschen Pressestelle in Holland sei er wiederholt gebeten worden, russische Zeitungsartikel zu übersetzen und in Holland unterzubringen. Der Vorsitzende erklärt, als wahr unterstellen zu wollen, daß Barmat auf Wunsch amtlicher Stellen nahegelegt worden ist, nach Deutschland zu kommen. Während des holländischen Transportarbeiterstreiks im Jahre 1920 habe er, so erklärte Barmat weiter, 100 000 Gulden zur Verfügung gestellt, um Lebensmittel im Werte vieler Millionen, die in Holland für Deutschland lagerten, weiterzubefördern, obgleich gar keine Lebensmittel von ihm selbst dabei waren. Dem deutschen Reichswirtschaftsministerium habe er bereits 1919 Kredite in Höhe von 10 Millionen Gulden für die deutsche Rohstoffindustrie beschafft. Schließlich legte Barmat eine Grenzbescheinigung darüber vor, daß er bei seiner Einreise nach Deutschland 30 000 Dollar, 10 000 Pfund und 30 000 Gulden mitgebracht hat. Der Staatsanwaltschaft machte Barmat den Vorwurf, die Anklageschrift fertiggestellt zu haben, ohne ihn ein einziges Mal zu fragen.

Dann wandte sich die Erörterung den Beziehungen Barmats zur Staatsbank zu. Barmat erklärt, mit der Staatsbank in Verbindung getreten zu sein, um die Akzepte, die die Deutsche Margarine-M.-G. von ihren Kunden bekam und mit denen sie Barmat bezahlte, zu diskontieren. Die Kredite der Staatsbank habe er zum Ausbau seiner Unternehmungen, zum Ankauf neuer Unternehmen und auch zum Weiterverleihen benutzt. Zur selben Zeit hätten auch andere, darunter Stinnes und Michael, Kredite von der Staatsbank bekommen. Barmat gibt zu, daß sich mit der Zeit durch die Geschäftsverbindung ein freundschaftliches Verhältnis zu den Herren der Staatsbank herausgebildet habe. Vorteile habe er ihnen jedoch weder versprochen noch gewährt. Soweit er ihnen Aktienpakete überlassen habe, sei das immer nur zum Selbstkostenpreis geschehen. — Nach einer kurzen Vernehmung des Geschäftsführers Klensfe und des Geheimrats Dr. Hellwig wurde die Verhandlung auf heute, Freitag, vormittag vertagt.

Kleine politische Notizen.

Der voraussichtliche französische Senatspräsident. Die Linksparteien des Senats befaßten sich am Donnerstag mit der Kandidatur des neuzuwählenden Senatspräsidenten. Die Demokratische Linke erklärte sich für den früheren Finanzminister Doumer. Auch die Sozialisten beschlossen, für ihn einzutreten, nachdem die Demokratische Linke in der Kammer für ihren Kandidaten gestimmt hat. Da die gemäßigten Elemente des Senats ebenfalls für Doumer stimmen dürften, ist dessen Wahl so gut wie gesichert.

Tanzdielen-Verbot in Italien. Die italienische Regierung hat in einer neuen Verordnung die Schließung aller Tanzdielen befohlen, weil sie angeblich eine Gefahr für die Jugend bilden. Auch Lokale ähnlicher Art fallen unter das Verbot oder werden in Zukunft strengstens überwacht.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten ging am Dienstag an die allgemeine Beratung des Gesetzentwurfs über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau. Die Vorlage ist in ihrem wesentlichen Inhalt der Oeffentlichkeit bereits bekannt. Der sparende Beamte tritt für eine Reihe von Jahren einen Teil seines Diensteinkommens an eine Sparorganisation ab, die die Beleihung von Beamtenheimstätten vornimmt. Mit der Spareinrichtung ist zugleich eine Versicherung verbunden, so daß die Entrichtung der Sparbeiträge vorzeitig endigen soll, falls der Beamte im Laufe der Sparperiode stirbt. Die Hinterbliebenen werden dann den übrigen Sparern gleichgestellt und nehmen an der Ausgabe der Heimstättenhypotheken teil. Bei dem Zweckparsystem sollen öffentliche Mittel nicht in Anspruch genommen werden. Ebenso soll keine Bevorzugung der Beamten bei der Bewerbung um Hauszinssteuerhypotheken erfolgen.

Begnadigung der Justizopfer von Grevesmühlen. Der mecklenburgische Justizminister hat die im vorigen Jahre in dem aufsehenerregenden Grevesmühler Prozeß wegen Landfriedensbruch verurteilten Reichsbannermitglieder begnadigt. Die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Brann und Dr. Bärensprung, zogen daraufhin die beantragte Revision zurück. Mit diesem Akt hat die mecklenburgische Linksregierung einen Schandfleck deutscher Justizurteile gegen Republikaner wieder gutgemacht.

Der Schöpfer des „Evangelimann".

Wilhelm Kienzl 70 Jahre alt.

Von Alfred Goetze.

Der steierische Komponist, der am 17. Januar sein siebzigstes Lebensjahr vollendet, hat sich in seinem vielseitigen musikalischen Schaffen stets unbestrittener Anerkennung erfreuen dürfen. Das gilt besonders für das musikdramatische Werk des Dichterkomponisten, das eine Bühnenbegabung von ausgeprägter Eigenart verrät. Gleichwohl aber lebt der Opernkomponist Kienzl, der nach dem Vorbild des Bayreuther Meisters auch stets sein eigener Textdichter war, im Gedächtnis der Mitwelt bis auf den heutigen Tag ausschließlich als der Schöpfer des „Evangelimann", und als solcher wird er auch in der Nachwelt fortleben. Er selbst hat diese „Tragik des Erfolges" am schmerzlichsten empfunden und, halb im Scherz, halb im Ernst geklagt, daß, seit das volkstümlichste seiner Werke den Siegeszug über die Bühnen der ganzen Welt angetreten, er seinen Namen verloren habe und nicht mehr Kienzl, sondern der Evangelimann heiße. Aber der „Evangelimann" ist nicht nur der große Lebenserfolg des Dichterkomponisten, er bildet auch in den Annalen der deutschen Oper einen Marksteln der Entwicklung. Der hohe sittliche Ernst des dramatischen Vorwurfs, der in dem „Selig sind, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen" erschütternd ausklingt, hat Kienzl erst sich selbst und den Boden finden lassen, auf dem seine Begabung zur Reife gedeihen konnte, die sich am schönsten offenbart, wenn er die Sprache des Volkes spricht. Mit der Entdeckung des Stoffes, der seinem lyrischen Empfinden freie Entfaltung gestattete, fand der Dichterkomponist die Kraft, aus der Sackgasse der Wagner-Nachahmung heraus zur selbständigen Stilbildung und zur eigenen Tonsprache zu gelangen. Der „Evangelimann" wies ihm den Weg zur heimischen Volkskunst, in der sich die ursprünglichen und populären Züge seines musikalischen Charakters zum harmonischen Ganzen einer Volksoper vereinten, die, in der Tiefe eines lyrischen Gemüts wurzelnd, Aeußerung innersten Erlebens wurde. Diesem naiven, von keiner Klügelei und Effektsucherei getrübten Spürsinn für das im besten Sinne Volkstümliche war es denn auch vergönnt, das alltägliche bürgerliche Erlebnis des „Evangelimann" zu einem Tondrama zu veredeln, das mit der warmen Innerlichkeit seiner Realistik als das deutsche Gegenstück zu dem Verismus der Italiener gelten darf. „Der heiße, glühende, leidenschaftliche Drang nach Ausdruck innerster Empfindung", den Kienzl als das Grundwesen des echten Künstlers bezeichnet, hat sich hier zu einer überzeugten und überzeugenden künstlerischen Tat umgesetzt.

Dem „Evangelimann" waren zwei Opern, „Urvasi" und „Heilmar, der Narr", vorangegangen, in denen sich der völlig im Bann Wagners stehende Kienzl vergeblich um den Erfolg bemüht hatte. Während er nach einem neuen Opernstoff suchte, der nach seiner festen Ueberzeugung nur in der Erlösungsidee liegen konnte, spielte ein glücklicher Zufall dem damaligen Münchener Hofkapellmeister auf der sommerlichen Urlaubsreise ein dünnes Bändchen in die Hände, eine Sammlung von Kriminalgeschichten aus der Feder des früheren österreichischen Polizeikommissars und späteren Rechtsanwalts Florian Meißner. Unter diesen „Aus den Papieren eines Polizeikommissars" benannten Geschichten befand sich auch der kurze Bericht über den moralischen Justizmord an Matthias Freiderhofer, den der Verfasser selbst in seiner Praxis miterlebt hatte. Kienzl war es beim Lesen der kurzen ergreifenden Geschichte sofort klar, daß dieses Menschenschicksal ein Drama darstelle, wie es schlichter und ergreifender nicht zu denken war. Er hatte seinen Stoff gefunden, freilich auf einem ganz anderen Gebiet, als er gedacht hatte, und dieser Stoff sollte der Wendepunkt seines Schaffens werden. Im Fluge war der dramatische Entwurf ausgearbeitet und das Textbuch geschrieben, bei dessen Vertonung der Komponist mit der von ihm bisher konsequent verfolgten Technik des Wagnerschen Musikdramas brach. Ein eigenartiger Zufall fügte es dabei, daß der leidenschaftliche Wagnerianer von ehedem die Skizzen seiner, seine Um- und Abkehr von dem Wege des Bayreuther Meisters bezeugenden Oper auf längst verfallene Bayreuther Patronatsscheine schrieb, die er noch aus seiner Studienzeit aufbewahrt hatte. Am 4. Mai 1895 ging dann der „Evangelimann" auf der Bühne des damaligen Königlichen Opernhauses zu Berlin zum erstenmal in Szene. Es war ein durchschlagender Erfolg, wie ihn Kienzl nie wieder erleben sollte. Von den dem „Evangelimann" folgenden Bühnenwerken war es in der Tat nur der dreiaktigen Oper „Der Kuhreigen" vergönnt, sich längere Zeit in der Gunst des Publikums zu erhalten, während sich weder die Trakikomödie „Don Quichote" noch die musikalische Komödie „Das Testament" auf der Bühne zu behaupten vermochten. Außer den Opern hat Kienzl noch eine Anzahl Kammermusikwerke, Klavierstücke und anziehende Lieder geschrieben, die den Volkston wirkungsvoll anschlagen; daneben entfaltete er eine vielseitige literarische Tätigkeit als Kritiker und Musikschriftsteller.

Am 17. Januar 1857 zu Waizenkirchen in Oberösterreich geboren, war Wilhelm Kienzl schon in frühester Jugend mit den Eltern nach Graz übergesiedelt, das als seine eigentliche Vaterstadt gelten darf. Neben dem Studium der Philosophie an der Universität in Graz betrieb er bei dem berühmten Musikpädagogen W. A. Remy, der auch Busonis und Weingartners Lehrmeister der Theorie war, eifrig das Studium der Komposition, das er in Prag, Leipzig und Wien fortsetzte. 1877 erwarb Kienzl in Wien mit einer Arbeit über „Die musikalische Deklamation" den philosophischen Doktorgrad. Auf Liszts Rat entschloß er sich im gleichen Jahr, sich ganz der Komposition und dem Musikerberuf zu widmen. Die praktische Tätigkeit als Theaterkapellmeister begann Kienzl an der Deutschen Oper in Amsterdam und setzte sie in Krefeld, Hamburg und München fort. Nachdem er noch ein Jahr bei Richard Wagner in Bayreuth gearbeitet hatte, bestimmte ihn dann der Erfolg des „Evangelimann", die Dirigententätigkeit aufzugeben und sich ganz der Musikschriftstellerei und Komposition zu widmen. Er nahm wieder in Graz seinen Wohnsitz, wo er, mit Peter Rosegger in treuer Freundschaft verbunden, in den nächsten 20 Jahren lebte und arbeitete. 1917 verlieh ihm die Universität seiner Vaterstadt die Würde eines Ehrendoktors der juristischen Fakultät. Im gleichen Jahr verlegte Kienzl seinen Wohnsitz nach Wien.

Takt!

Unter dieser Ueberschrift stand vor einigen Tagen im Amsterdamer „Telegraaf" das nachfolgende wahre Geschichtchen, das weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient:

Im sehr bekannten Restaurant Foquet auf den Champs Elysées in Paris. Das Orchester spielt u. a. Musik „auf Wunsch". Gute Musik im allgemeinen. Nach einer der verlangten Nummern ersucht ein Herr mit Ordensabzeichen den Geschäftsführer, den Dirigenten zu ihm zu senden. An diesen richtet er die Frage: „Wissen Sie, was Sie da eben gespielt haben?"

„Gewiß, mein Herr, einen Marsch von Schubert."

„Gut, und wissen Sie auch, daß nach den Klängen dieser Musik die preußischen Garderegimenter 1871 hier die Champs Elysées entlang in Paris eingezogen sind?"

Das war dem Dirigenten unbekannt.

„Nun, das macht nichts. Aber das Stück wurde auf Wunsch gespielt, nicht wahr? Darf ich wissen, auf wessen Wunsch?"

„Auf Wunsch des Herrn dort in der Ecke."

Der Geschäftsführer erteilt näheren Aufschluß: „Ich kenne den Herrn sehr gut. Es ist ein Deutscher, der hier oft mit seinen Sekretären, Landsleuten von ihm, verkehrt."

„Und er heißt?"

„Herr Thyssen."

„Gut", sagte der Franzose, „spielen Sie jetzt bitte hintereinander die „Madelon", dann „Père la Victoire" und schließlich „Le Chant du départ" (Abschiedslied)!"

Das geschieht. Am Tische der Deutschen rührt sich zunächst niemand, aber noch vor dem letzten der drei Stücke lassen sich die Herren ihre Mäntel geben.

Dieses Vorkommnis spielte sich drei oder vier Tage vor dem Landauer Urteil ab, das Herrn Fritz Thyssen als Vorwand diente, um sich durch Proklamation aus dem Ausschuß für französisch-deutsche Annäherung zurückzuziehen.

Neurussische Literatur — eine Orgie der „Ismen". Die russische Dichtkunst und Literatur weist eine Unzahl verschiedener Richtungen auf, deren Benennungen recht phantastisch anmuten. Eine sowjetrussische literarische Zeitschrift zählt die bisher unbekannten modernen Richtungen der jungrussischen Schule auf. Daraus erfährt man, daß es dort Emotionalisten, Formlinguisten, Fuisten, Luministen, Immortalisten, Naturalisten, Präsentisten, Postkfuturisten sowie Panfuturisten gibt. Außerdem existieren Barnasschüler und, auf der extremen Linken, die „Nitschewocken" (nach dem bekannten russischen Wort „nitschewo" — nichts), die eine Zeitschrift mit dem seltsamen Namen „Die Hundehütte" haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0002

Die Mutter im Tier.

Eine dankbare Löwenmutter als Lebensreiterin.

Der bekannte englische Tierbändiger Kapitän Fred Wombwell wäre kürzlich unweigerlich das Opfer eines wütenden Löwen geworden, wenn ihm nicht im kritischen Augenblick eine Löwin in dem ungleichen Kampf zu Hilfe gekommen wäre, die sich für die sorgsame Pflege, die Wombwell ihren erkrankten Jungen hatte zuteil werden lassen, auf diese Weise dankbar erweisen wollte. Die Löwen gehören dem Tierzirkus Bostock und Wombwell, der gegenwärtig in Leicester Vorstellungen gibt. Nach einer dieser Vorführungen hatte Kapitän Wombwell einen Käfig betreten, um nach den kranken kleinen Löwen zu sehen. Er stand nachdenklich über das Lager gebeugt, als plötzlich ein großer afrikanischer Löwe, der im benachbarten Käfig untergebracht war, die Zwischenwand zertrümmerte und den ahnungslosen Kapitän angriff. Zwischen Mensch und Bestie entspann sich ein verzweifelter Kampf. Wombwell war bereits zweimal im Rücken und an der Schulter gebissen worden und fühlte seine Kräfte bereits erlahmen, als im Augenblick höchster Not der Löwe von der Löwenmutter angegriffen wurde. Sie sprang auf den Rücken des Wütenden und bearbeitete ihn so kräftig mit Zähnen und Krallen, daß der Löwe von seinem Opfer ablassen mußte, um sich der wütenden Löwin zu erwehren. An dem heftigen Kampf zwischen den beiden Bestien nahmen auch die kleinen Löwenkinder teil. Wombwell benutzte die Verwirrung, um durch die Tür des Käfigs zu kriechen. Draußen angelangt, fiel er in Ohnmacht. Mit vieler Mühe gelang es einem herbeigeeilten Hilfsdompteur, die wütenden Tiere zu trennen und in verschiedene Käfige zu treiben. „Niemals in meiner vierzigjährigen Tätigkeit als Dresseur war ich dem Tode so nahe gewesen", erklärte Kapitän Wombwell, der bereits vor drei Jahren in Dundee unter gleichen Umständen von einer Löwin aus einer höchst gefährlichen Lage gerettet worden war.

Schwerer Betriebsunfall.

Bochum, 14. Januar. (Radiomeldung.)

Aus Bottrop wird gemeldet: Zu Beginn der gestrigen Mittagsschicht wurden auf der Zeche der Vereinigten Welheim **fünf Bergleute bei der verbotswidrigen Benutzung eines blinden Schachtes zur Seilfahrt von dem hochgehenden Korb unter die Maschinenlammer geschleudert, wobei drei lebensgefährlich verletzt und zwei leicht verletzt wurden.**

Zwei Bergleute verschüttet. Nach einer Blättermeldung wurden zwei Bergleute aus Oberwaldenburg auf dem Ferdinand-Schacht der Fürstensteiner Grube infolge Zubruchgehens eines Pfeilers verschüttet. Die beiden Verunglückten konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Ein staatlicher Wisent-Park. Auf Antrag der „Internationalen Gesellschaft für Erhaltung des Wisents" **hat das preußische** Landwirtschaftsministerium in dem früheren Hofjagdrevier Springe bei Hannover ein Gelände von etwa 300 Morgen als staatlichen Wisent-Park zur Verfügung gestellt. Voraussichtlich wird im Frühjahr ein Wisent-Paar hier ausgesetzt werden.

Fassadenkletterei am Berliner Kriminalgericht.

Zwei Wochen Haft für groben Unfug.

Am Donnerstagvormittag hatten sich in Berlin-Moabit zwei Kletterkünstler, ein stellungsloser Jockei und ein nichtbeschäftigter Schauspieler, wegen groben Unfugs zu verantworten. Sie hatten in letzter Zeit zweimal im Zentrum von Berlin — in der Friedrichstraße und Unter den Linden — hohe Häuser an der Fassade bis zur Dachkuppel erklettert. **Sie mußten beide Male von der Feuerwehr mit der mechanischen Leiter heruntergeholt werden.** Dadurch entstanden große Menschenaufläufe und Verkehrsstockungen. Der Jockei versuchte den Sitzungssaal des Kriminalgerichts ebenfalls auf dem Wege über die äußere Fassade zu erreichen. Wie zu den früheren Kletcertouren hatte er auch hierzu zwei Photographen mitgebracht. Der Kletterkünstler hatte aber Pech, denn er irrte sich im Gebäude und fand außerdem die Türe des Saales, in den er durch das Fenster gelangte, verschlossen. So mußte er wieder den Rückweg über die Fassade wählen. Unten wurde er von der Polizei in Empfang genommen und zum Gerichtssaal geführt. Hier verteidigten sich die beiden Angeklagten damit, daß sie als stellungslose Artisten lediglich die Oeffentlichkeit auf ihre turnerischen Fähigkeiten hätten aufmerksam machen wollen, um bei einer Filmgesellschaft Anstellung zu finden. Das Gericht berücksichtigte diesen Beweggrund und erkannte auf je zwei Wochen Haft.

Hochwasser der Oder.

Meilenweite Ueberschwemmungen.

Frankfurt a. O., 14. Januar. (WTB.)

Die reichlichen Niederschläge der letzten Tage haben das Hochwasser der Oder erneut zum Steigen gebracht. **Das Bruch ist meilenweit von einer übersehbaren Wasserfläche bedeckt.** Von überallher treffen alarmierende Nachrichten ein. In Küstrin ist das Wasser der Oder und der Warthe bis an die Mauern der Stadt herangetreten. **Im Warthebruch steht das Wasser zum Teil über 1 Meter hoch. Die Aecker sind vollständig überschwemmt.**

37 Tote bei einer Schiffsexplosion.

Tampico (Mexiko), 14. Januar.

Bei einer Gasolinexplosion auf dem Dampfer „Essexfisles" sollen 37 Hafenarbeiter ums Leben gekommen sein.

Verurteilter Sadist. Das Reichsgericht verwarf am Donnerstag die Revision des Kaufmanns Konrad Meyer aus Berlin, der wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden war. Meyer beschäftigte als Inhaber eines Detektivbureaus zwei 15jährige Lehrmädchen, die er zu geschlechtlichem Verkehr und sadistischen Handlungen schlimmster Art, zum Teil unter Bedrohung mit dem Revolver, zwang.

Sowjet-Rußlands Autopark.

Fiat-Autos für Sebastopol.

Die Sowjet-Union hat zur Verdichtung ihres dünnen Eisenbahnnetzes und zur schnelleren Erfüllung der Bedürfnisse des steigenden Verkehrs große Automobil-Linien eingerichtet, die im Ueberlandverkehr die Reisenden durch das gewaltige Gebiet des Riesenlandes befördern sollen. Das Automobil spielt somit eine ständig wachsende Rolle auch in Sowjet-Rußland.

Unser Bild zeigt einen eben aus Sebastopol eingetroffenen Autopark von Fiat-Autos auf dem Platz am Institut für physische Heilmethoden. Die Autos sollen von den Kurverwaltungen der Kurorte in der Krim für den Verkehr mit den Eisenbahnstationen verwendet werden.

Domela, August und „Rot Front"

Glossen zur Zeit.

Der Militärverein ehemaliger Kameraden der königlich sächsischen Armee zu Breslau hat eine Vereinsfestlichkeit abgehalten, bei der unter Mitwirkung der Kapelle des Reichswehr-Reiterregiments Nr. 7 eine Parade vor „S. M. dem König von Sachsen" stattgefunden hat, wie es speichelleckerisch im Vereinsbericht zu lesen steht. Soweit der Tatbestand. August wollte einst den Sachsen ihren Dreck alleene machen lassen, warum läßt er diesen Militärverein seinen Dreck nicht alleene machen? **Warum kompromittierte er** das Reichswehrreiterregiment Nr. 7 und Herrn Geßler, der sich übrigens aus so etwas sehr wenig macht?

Aber das mag auf sich beruhen. Es interessiert uns nur die nachdenkliche Frage: **Welcher Unterschied besteht zwischen dem Hochstapler Domela alias Prinz Wilhelm und August von Sachsen,** der vor einem Militärverein die Rolle „S. M. des Königs von Sachsen" spielt, den es nicht mehr gibt? Der eine so gut wie der andere hat sich einen Titel zugelegt, der ihm nicht zusteht. Der eine wie der andere hat auf die Dummheit von Leuten spekuliert, denen vor solchem Titel Schauer der Ehrfurcht über den Rücken von oberen bis zum unteren Ende laufen. Genau genommen ist da kein grundsätzlicher Unterschied. Warum soll nicht ein FY dieselbe politische Hochstapelei betreiben dürfen, die ein August oder ein Rupprecht betreiben darf, ohne mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen? Allerdings Domela war auf Geld aus, und deshalb wird man ihn verknurren. **Womit nicht** gesagt sein soll, daß August und seine Kollegen nicht auf Geld aus sind. Nur betreiben sie dies Geschäft auf einer höheren Stufe, wo man nicht mehr von Betrug, sondern von rechtmäßigen Ansprüchen redet.

Domela und August. Man kann nicht umhin, sich ihre Untertanen anzusehen. Es ist kein Zufall, daß es thüringische und sächsische Untertanen sind, die vor beiden katzbuckeln. Angehörige des Bürgertums jener Länder, in denen von jeher die Bürger nicht weitsichtig, sondern beschränkt, nicht liberal, sondern kriecherisch, nicht mannesstolz, sondern untertanendemütig waren. Das Bürgertum der Hofbäcker und Hofschlächter und Hofschuster, mit der Elle im Kreuz gegenüber den Arbeitern, mit dem im spitzen Winkel gebrochenen Rückgrat vor den Duodezfürsten. Darum regiert bis jetzt in Thüringen der Bürgerblock, und die sächsischen Bürger haben Sehnsucht nach gleichem Regiment.

Aber wir möchten doch sehen, was bei den ehemaligen Untertanen Augusts, für dessen Popularität Leute wie Hans Reimann gesorgt haben, was bei den braven Spießbürgern in Sachsen losgehen würde, wenn ein zweiter Domela die Maske Augusts annehmen und die braven Spießbürger der sächsischen Mittelstädte besuchen wollte. Domela, Domela, dein Ruhm würde verblassen!

*

Die Untertanengesinnung bricht bei Gelegenheit nicht nur bei ehemaligen Hofbäckern durch. Beweis: Ein Rotfronkämpfer in Lunzenau in Sachsen schickte dem Reichspräsidenten Hindenburg einen Gevatterbrief, in dem er erklärte, daß er acht Jahre lang der Kaiserlichen Marine treu gedient habe. Der brave Rotfronkämpfer wollte mit ein paar Mark von Hindenburg sein Kind aus der heiligen Taufe heben. Ein anderer Rotfronkämpfer in Hohenkirchen i. Sachsen schickte der Komtesse von Schönburg einen Gevatterbrief, worauf er 75 Mk. erhielt. Rot Front!

Verurteilung galizisch-polnischer Einbrecher

Berlin, 14. Januar. (WTB.)

Auf Grund am Tatort zurückgelassener Fingerabdrücke wurde ein galizisch-polnisches Einbrecherpaar, der Klempner Biernbaum aus Warschau und der Zuschneider Flum aus Galizien, heute vor dem Schöffengericht Mitte wegen dreier in Berlin begangener Einbrüche zusammen mit seinem Anhang, bestehend aus der Braut Biernbaums, dem Händlerehepaar Kleimann sowie dem Gastwirt Mordowitz zur Verantwortung gezogen. Das Schöffengericht verurteilte Biernbaum wegen Einbruchsdiebstahls in drei Fällen zu **fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.** Flum wegen Hehlerei zu **einem Jahre Gefängnis.** Die übrigen Angeklagten erhielten wegen Begünstigung **drei bzw. vier Monate** Gefängnis und Mordowitz wegen schwerer Urkundenfälschung (Paßfälschung) **neun Monate Gefängnis.**

Berlins Rüstungen gegen die Grippe. Nachdem die städtische Verwaltung Berlins umfassende Vorbereitungen für den Fall eines weiteren Anstieges der Grippe getroffen hat, wird nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt" das Hauptgesundheitsamt von Freitag an regelmäßige Bulletins über den jeweilen Stand der Krankheit herausgeben. Die Räumung von Schulen für Krankenzwecke ist bisher nicht erfolgt, da dazu kein Anlaß vorliegt. Sie ist jedoch in jeder Beziehung vorbereitet.

norme Vorteile bietet unser grosser

Saison-Räumungs-Ausverkauf

Benutzen Sie diese außergewöhnlich günstige Gelegenheit, denn in allen Abteilungen sind noch große Warenmengen vorhanden und

so billig kaufen Sie nie wieder!

Geschäftshaus J. LEWIN Halle an der Saale Marktplatz 2 u. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD., Halle Harz 42/44. Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Arbeiter-Wohlfahrt. Freitag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Generalversammlung. Vorstandswahl. Alle Mitglieder haben die Pflicht, zur Wahl zu kommen.

Frauengruppe u. Arbeiterwohlfahrt. Montag, den 17. Januar, nachmittags 2½ Uhr, Spaziergang in die Heide (Schillers Garten). Treffpunkt Café Herrmann.

SAJ. Unsere Jahresversammlung findet heute abend pünktlich ½8 Uhr statt. Wegen der reichhaltig. Tagesordnung wird es jeden zur Pflicht gemacht, pünktlich zu erscheinen.

Aus dem Bezirk

Bettin Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Kleiner Schweizer" Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bad Liebenwerda. Freitag, den 14. Januar, in der „Kaiserkrone" Generalversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen erforderlich.

Sangerhausen. Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im „Herrnkrug": Vortrag des Genossen Schulz (Halle) über das Thema: „Die Entwicklung der sozialdemokratischen Programme vom Kommunistischen Manifest bis zum Heidelberger Programm." Ein zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, wird erwartet.

Grünewalde. Sonntag, den 16. Januar, nachm. ½4 Uhr, im Gasthof Schmidt Generalversammlung. Tagesordnung: Jahresberichte der Parteifunktionäre und Kommunalen Vertretungen. Neuwahl der Vereinsleitung und Stellungnahme zur Unterbezirkskonferenz. Zum Schluß ist ein Vortrag des Genossen Dietrich über Lohnsteuererstattungen für das Kalenderjahr 1926 vorgesehen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Vortrag nur einmal gehalten wird. Es wird erwartet, daß dieses Mal die Genossinnen und Genossen restlos in der Versammlung erscheinen. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung aufgenommen.

Gisleben. Sonntag, 16. Januar, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des „Volkshauses" Generalversammlung. Zutritt haben nur Mitglieder. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

— Freitag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Vorstandssitzung. Da die Vorbereitungen zur Generalversammlung getroffen werden müssen, ist das Erscheinen der Vorstandsmitglieder unbedingt erforderlich.

Helbra. Sonntag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, in der „Tanne" Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht (Kiefner). 2. Kassenbericht (Riesche). 3. Bericht der Gemeindevertreterfraktion (Becker). 4. Bericht der Arbeiterwohlfahrt. 5. Vorstandswahl. 6. Sonstiges.

Annendorf. Zu der am 18. Januar, abends 8 Uhr, im „Elbertal" stattfindenden Generalversammlung bitten wir um vollzähliges Erscheinen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Beitragsabrechnung: Dienstag, den 18., und Mittwoch, den 19. Januar, abends 5—9 Uhr: Generalabrechnung.

Am 29. und 30. Januar wird eine Anzahl Quartiere für möglichst je 2 Personen (ein Kriegsblinder und Führer) benötigt. Baldige Bezeichnung der Quartiere an die Leitung erforderlich.

1. Abteilung. Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, ausnahmsweise im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, Zimmer 14 Abteilungsversammlung. Tagesordnung: Tagesbericht. Vortrag des Kam. Oelschlager. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden zu erscheinen.

2. Abteilung: Jeden Freitag abend 8 Uhr in „Schmelzers Höhe": Gemütliches Beisammensein mit Angehörigen.

3. Abteilung. Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Gardenbergkasino" Jahreshauptversammlung der Abteilung. U. a. Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahlen. Alles erscheinen!

4. Abteilung. Montag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Bär" (Markt) Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

5. Abteilung. Freitag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Trompeterschlößchen" Monatsversammlung. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Ortsgruppe Bockwitzer Ländchen. Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" wichtige Vollversammlung. Gruppenführer pünktl. ½8 Uhr.

Ortsgruppe Annendorf. Morgen, Sonnabend, abend 8 Uhr, im „Elbertal" Mitglieder-Versammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. 260

Ortsgruppe Löpsen. Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, im „Heiteren Blick" zu Leuna Generalversammlung. Vortrag des Kameraden Krüger. Anschließend geselliges Beisammensein. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Gäste können eingeführt werden.

Ortsgruppe Delitzsch. Sonnabend, den 15. Jan., abends 8 Uhr, im „Ring" Mitgliederversammlung. Reichstagsabg. Kam. Krüger (Merseburg) spricht über das Thema „Reichswehr und Republik". Das Erscheinen aller Kameraden wird zur Pflicht gemacht.

Ortsgruppe Grünewalde. Sonnabend, den 15. Januar, abends ½8 Uhr, im Gasthof „Zur Walke" Mitgliederversammlung.

Sonstige Vereine

Republikanischer Frauenbund. Montag, den 17. Januar, abends 8¼ Uhr, im Restaurant „Rakete" (Vereinszimmer) Handarbeitsabend. Vollzähliges Erscheinen erwünscht, da wichtige Tagesfrage vorliegt.

Wir machen die verehrlichen Vereine und Organisationen darauf aufmerksam, daß der Vereinskalender nur zu den Zwecken benutzt werden kann, wozu er geschaffen ist, nämlich zur Veröffentlichung von Sitzungen, Versammlungen u. organisatorischen Fragen. Tagegen müssen Veröffentlichungen von Festlichkeiten als Inserat aufgegeben werden.

Volkspark.

Täglich:

Kräftigen Mittagstisch zu 75 Pfennig. 67

DAS BIETET SICH NUR IM INVENTUR-VERKAUF bei Alzuk Steinweg 48/47 Ecke Taubenstrasse

SCHUHHANDELSGES. M. B. H.

Arbeitsstiefel	5,90	Damen-Halbschuhe Leder	4,90
Fahllederstiefel 31/35	3,90	Damen-Leder-Spangen	5,90
Schulstiefel mit Lackkappe 31/35	3,90	Damen-Lack-Spangen	6,90
Lederspangen braun 25/26	2,90	Damen-Lack-Spangen gr. Einf.	9,80
Segeltuch-Schnürschuhe Leder f., 39/40	1,95	Damen-Eidechs-Spangen	10,90
Segeltuch-Spangenschuhe 36/42 1,95 31/35 1,85 27/30 1,75 25/26	1,65	Herren-Rindbox-Stiefel Rb. geb.	6,90
Damen-Pantoffeln	0,75	Herren-Box-Stiefel gr. Wildl.-Einsatz	12,50

248

Stadt-Theater

Heute 239
Freitag 8 Uhr:
Der Evangelimann
Sonnabend 8 Uhr:
Die Zauberflöte
Zahlung der 3. Rate f. Freitag-Stammkarten bis Freitagmittag, für Dienstag-Stammkarten bis Dienstagmittag erbeten.

Walhalla

8 Uhr 8 Uhr
Heute
Abschiedsvorstellung
Jean Gilbert-Ensemble
In der Johannisnacht
Musik von Jean Gilbert.
Morgen, Sonnabend, 8 Uhr 8 Uhr
Première
Die große Revue
Die 255
Bunte Tüte
16 lustige Bilder
Musik von Viktor Corzilius
Das große Ballett
40 Mitwirkende
300 Kostüme
Preise von 60 Pfg. bis 4,00 Mk.

110
Oefen
Eiserne Oefen
Kachelöfen
Herde
für Kohle und Gas
Christian Glaser
Leipziger Str. 86
Gr. Klausstr. 74

Modernes Theater
Das führende Tanz-Kabarett
Direkt Ferry Rosen
Sensationeller
Variété-Spielplan
Nach der Vorstellung:
Gesellschafts-Tanz
Der Sonnabend:
Hausball
des Modernen Theaters
Ende 4 Uhr!
Eintritt 0,50 u. 1 Mk.
Fernruf 3691

Verein für Kunst- und Kulturpflege Helbra

Sonntag, den 16. Januar, abds. 8 Uhr, im „Pfarrholz":
2. Gastspiel des Leipzig. Künstlertheaters
Maria Magdalena
Trauerspiel von Friedrich Hebbel
Eintritt: 0,80 1,— 1,50 Mark
Vorverkauf: Metzner, Heyer, Thauer.

Bockwurst
Heinrich Müllers
Wurstfabrik 246
Gr. Brauhausstr. 29 - Fernruf 23133

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Das beste Stärkungs- und Erfrischungsmittel bei der Arbeit und für den Werktätigen am Schreibtisch und Schraubstock ist die unter ständiger ärztlicher und tierärztlicher Kontrolle gewonnene
Flaschenmilch
aus dem Gesundheitsstall des Gutsbesitzers Rudolf Müller, Neumark, Bezirk Halle a. S.
In Merseburg und Leuna-Dorf Lieferung durch Auto frei Wohnung. ¼-Liter-Trinkfläschchen erhältlich in der Engelschen Trinkhalle, Weißenfelser Str.
251 Hochachtungsvoll
Rudolf Müller

Sparen Sie sich den Weg
nach Kleiner Berlin Nr. 2.
Wir verlegten das Geschäft nach
Schmeerstr. 2
und bitten Sie unsere Auslagen zu beachten!
Besonders schön und preiswert: 259
Oberhemden — Einsatzhemden — Normalwäsche — Leinenwäsche — Dauerwäsche — Krawatten — Hosenträger — Sockenhalter
Dauerwäsche Marke Waschbär, Walter Cohnheim
Schmeerstraße 2.

Für Papierhändler und Wiederverkäufer!
Die neuen Verkehrszeichen
auf handliche Karten zweifarbig gedruckt, gibt billig ab
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
Harz Nr. 42/44 Halle (Saale) Fernruf 26605

„Germania-Felsenfest"

Sonntag, den 16. Januar 1927, im „Deutschen Gesellschaftshaus":
Großes Kappenkränzchen!
Jazz-Kapelle „Bucko"
Dauer-preise **Preis-Maskenball**
findet am Sonnabend, dem 29. Januar 1927, im „Deutschen Gesellschaftshaus" statt. Der Vorstand.

ZOO ZOO
Sonnabend, den 15. Januar, in den Gesamträumen des Zoo:
1. Großer Winterball
verbunden mit Roulett-Preistanz und anderen Ueberraschungen
Anfang 8 Uhr
Eintritt 50 Pfg. Zoo-Abonnenten frei
254

Gewerkschaftshaus Halle
Harz 42/44
Uebernachtung zu solid. Preisen
Guter und preiswerter Mittagstisch 8251

billiger!

Metallbettstellen	von 15,— an
Holzbettstellen	von 21,— an
Kinder-Bettstellen	von 15,50 an
Stahlmatratzen	von 9,— an
Chaiselongues	von 29,50 an
Federbetten	von 16,— an
Steppdecken	von 12,50 an
Reform-Unterbetten	v. 10,— an
Kleiderschränke	von 55,— an
Schlafzimmer zu konkurrenzlosen Preisen	

Bettfedern, Inletts und Bettwäsche in jeder Preislage
Modernste Bettfedernreinigung
Nach auswärts Transport ohne Transportbeschädigung durch eigenes Auto
Auswahl enorm!
Auf Wunsch Zahlungserleichterung
Bettenhaus **Bruno Scharf**
Kl. Ulrichstraße 2, Eing. Kanzleigasse
2 Minuten vom Markt 258

Der
Inventur-Ausverkauf
wird in allen Abteilungen fortgesetzt
Erstaunliche
Preisermäßigungen!
Netto Barverkauf, kein Umtausch, keine Auswahlsendungen
A. HUTH & CO. A G
HALLE-SAALE — GROSSE STEINSTRASSE 86-87 — MARKTPLATZ 21
29

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Januar 1927.

Autofahren wird billiger.

Der Frühling naht. Schon fangen die Hühner wieder an zu legen. Deshalb werden Eier billiger.

Schwer ist es, für die Verbilligung des Autofahrens eine so einleuchtende Begründung zu finden wie für die der Eier.

Weshalb wird das Autofahren billiger?

Es ist doch nicht anzunehmen, das Autobesitzer plötzlich in einer Anwandlung von Menschenfreundlichkeit . . . Das könnte konsequent weitergeführt, eines Tages die Gratisfahrten gebären. (Zuviel Humanität ist immer von Gefahr.)

Weshalb also? Weswegen? Wieso? Warum? Wodurch wird das Autofahren billiger?

Wenn man in Deutschland für das Dasein einer Sache oder für irgendeine Veränderung keinerlei vernünftigen Grund finden kann, dann bleibt — wir glücklichen Deutschen! — unserem Erkenntnisdrang, zuletzt immer noch die Möglichkeit zu fragen: Hat das am Ende die Polizei gewollt?

Fragen wir also. Und die Antwort: Ja, sie hat es gewollt. Womit nicht behauptet wird, daß die Autodroschkentarifverbilligungsmaßnahme der hallischen Polizei deshalb etwa unvernünftig sei. Im Gegenteil! Nun können wir armen Schlucker, die jahraus, jahrein auf Schusters Rappen einherstraben, doch auch die Benzinkutsche benutzen, wenn wir die Lust am Laufen verlieren.

Die nächsten Tage werden die frohe Botschaft bringen, daß die „neue Polizeiverordnung über das Kraftdroschkenfuhrwesen eine erhebliche Herabsetzung der bisher gültigen Tarifsätze erthalten wird".

Man bedenke die Perspektiven, die sich angesichts dieser Verbilligung in der Zeit des Bockbiers eröffnen! Die hallische Polizeiverordnung könnte aus München stammen.

Schwarzweißrote unter sich!

„Der Jungdeutsche", das Organ der jetzt auf dem Boden der Republik stehenden Mahrauleute, zitiert aus einer kürzlich im Wehrwolfverlag erschienenen Schrift unseres großen Hallenfers und Wehrwolfführers Studienrat Kloppe einige Sätze, die die wunderbare Einheit der Schwarzweißroten ins rechte Licht setzen. Es heißt dort unter anderem:

„Kame[illegible] werdet Euch doch endlich einmal darüber klar, daß es eine f[illegible]weißrote Einigkeit zwischen uns, dem Wehrwolf, und solchen Kreisen niemals geben kann, die sich zwar national gebärden, die aber den Beweis nationalen Handelns in jeder Beziehung schuldig bleiben. Darum seid auf der Hut vor denen, die sich in die vaterländische Bewegung eindrängen, weil sie reaktionäre Tendenzen verfolgen oder nur deswegen schwarzweißrot sind, weil sie hoffen, dadurch eine alte, durch ihre Schuld verlorengegangene Vormachtstellung wieder zu gewinnen. Mit diesen Leuten gibt es für uns keine Zusammengehörigkeit, für sie nur eine scharfe Ablehnung." — An anderer Stelle kennzeichnet Wehrwolf-Kloppe seine schwarzweißroten Farbengenossen noch deutlicher: „Wir wollen es einmal offen aussprechen: es gibt eine ganze Reihe von Leuten unter der schwarzweißroten Fahne, die innerlich nicht im mindesten zu uns gehörten, von denen uns sogar nicht mehr, denn alles trennt, Elemente, die nur ein Hemmschuh sind in der völkischen Entwicklung und an der nationalen Erneuerung unseres Volkes. Anderseits wissen wir aber auch, daß in dem sogenannten anderen Lager deutsche Brüder stehen, die von uns eher als Volksgenossen angesehen und geachtet werden können als jene üblen Gesellen, die immer wieder Unfrieden, in das Volk tragen und denen wir niemals das Recht zubilligen werden, sich als die Vertreter des deutschen Volkes und der deutschen Interessen aufzuspielen."

Das ist sehr hübsch gesagt, und die „üblen Gesellen" werden ihre Freude daran haben. Aber, wie lange ist es eigentlich her, daß der Studienrat Kloppe an den Redakteur Sodenstern von der „Deutschen Zeitung" das ebenso schöne Wort schrieb, er (Kloppe) sei gern bereit, den republikanischen Regierungsstellen an die Gurgel zu springen, aber nur wenn er Gelegenheit hätte auch durchzudrücken. . . .

Beamteneid.

Vor dem Kleinen Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der 60jährige Reisende Friedrich K. wegen versuchter Erpressung zu verantworten. Die Tat ist fast 5 Jahre her und richtete sich gegen einen Beamten, den 49jährigen Postaffistenten Heinrich Bruder, der jetzt in Kelbra ist.

Der Angeklagte lebte mit einem Mädchen zusammen. Er selbst hatte kein Telephon, sondern ließ meist seine Gehilfin auf der Fernsprechstelle im Hauptpostgebäude seine geschäftlichen Gespräche nach außerhalb erledigen. Es war dies im Jahre 1921, als man auf eine Verbindung noch mehrere Stunden warten mußte. So habe er auch im Mai 1921 — erklärte der Angeklagte vor Gericht —, das Mädchen eines Tages wieder mal zur Post geschickt. Das Mädchen habe am Tage keine Verbindung bekommen, und da habe ihr der Beamte der Fernsprechstelle gesagt, sie möge abends um 8 Uhr nochmals zum Eingang Poststraße kommen, er werde ihr dann die Verbindung besorgen. Trotzdem er selbst dies für zwecklos hielt, habe er das Mädchen hingeleitet. Der Beamte, der anscheinend schon aufgepaßt hatte, habe sie hineingeführt. Als das Mädchen nach ¾ Stunden herausgekommen sei, habe er gleich gefragt, „wie siehst du denn aus"? Da habe sie geantwortet, „er hat mich drinnen gebraucht"! Von einer Vergewaltigung kann wohl keine Rede sein, sonst wäre ja wohl damals Anzeige erstattet worden. Als das Mädchen aber am 19. Februar 1922 niederkam, da ging der Angeklagte zwei Tage darauf zum Fernsprechamt, um den Namen des betreffenden Beamten festzustellen. Er selber kannte diesen nicht einmal von Ansehen. Er traf an jenem Tage den Postaffistenten Bruder dort an, dem er den Fall erzählte. Bruder gab einen falschen Namen an. Andere höhere Beamte verweigerten jegliche Namensnennung, und erst durch weitere Nachfrage erfuhr er den richtigen Namen Bruder. Da sei er nochmals hineingegangen und habe ihn gefragt, ob er für das Kind zu zahlen gedenke. Am 24. Februar ist das Kind gestorben und am 25. Februar 1922 erstattete Bruder Strafanzeige.

Die Oberpostdirektion und auch das Gericht verließen sich nur auf die Aussagen Bruders, die in stärkstem Widerspruch standen zu denen des Mädchens. Man hat es bei so direkt entgegengesetzten Aussagen nicht mal für nötig gehalten, diese beiden Zeugen einander gegenüberzustellen sondern hat den Beamten durch ersuchten Richter vernehmen lassen. Das Mädchen bekundete, der Beamte habe sie zweimal in der Fernsprechstelle gebraucht, hatte allerdings wegen der Länge der seitdem verflossenen Zeit Bedenken, bestimmtere Angaben zu machen. Das hielt der Vorsitzende für so unglaubwürdig, daß ein Mädchen nicht etwas Genaues mehr darüber wissen sollte, wenn sie in solchen geheiligten Amtsräumen gebraucht worden ist. Das müßte ihr unvergeßlich bleiben. Dann hatte die Oberpostdirektion herausgekabelt, daß ein Ferngespräch mit der Leipziger Firma, mit der der Angeklagte in Geschäftsverbindung stand, am 6. Juli 1922 mittags angemeldet ist, als Bruder nachmittags Dienst hatte. Auf diesem 6. Juli ritt der Vorsitzende herum, dem dann konnte ja von dem Beamten das vollentwickelte Kind nicht sein, und es wurde für völlig unglaubwürdig erklärt. Es wurde auch, weil der Mitäterschaft verdächtig, nicht vereidigt. Aber der Herr Postaffistent, bei dem es sich um seine Existenz handelt, der war natürlich in den Augen des Vorsitzenden von vornherein glaubwürdig, denn er ist ja Beamter. Auffällig ist auch die von Bruder zugegebene Tatsache, er hätte vorher für das Mädchen ein Ferngespräch mit einer Mark veranlaßt. Welcher Postbeamte tut das? An jenem Abend um 8 Uhr habe er das Mädchen nur hereingerufen, um die Mark wiederzukriegen. (Dazu hat er gefühlsgene ¾ Stunden gebraucht!) — Aber seine Aussage ist beeidet. Danach soll der Angeklagte ihm gesagt haben, er solle die Sache mit einigen 100 oder 1000 Mk. aus der Welt schaffen. Den Verkehr mit dem Mädchen leugnet Bruder unter Eid.

Das Urteil lautete gegen den Angeklagten auf 4 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 20 Tagen Untersuchungshaft. Man hat ihn einen Tag vor Weihnachten verhaftet. Das Urteil betont, daß die Unschuld des Beamten nicht erwiesen sei. (In Wahrheit nur durch seinen eigenen Eid!) Es wurde sogar als strafverschärfend erklärt, daß sich das Vorgehen gegen einen Beamten richtet, und daß der Angeklagte seine Behauptungen aufrechterhält. Dann fragte der Vorsitzende zum Schluß zwar: „Nehmen Sie das Urteil an?" Aber er versäumte die sonst übliche Belehrung, daß dem Angeklagten das Recht zur Berufung binnen acht Tagen zustehe, und daß bei einer Annahmeerklärung die Strafe für den in Untersuchungshaft Sitzenden sofort zähle. Sonst pflegt auch dieser Vorsitzende so etwas nicht zu vergessen! Das Urteil bedarf dringend einer Nachprüfung.

Strafantrag gegen den „Klassenkampf".

Genosse Künstler will die Richtigkeit der Vorgänge in der sowjetrussischen Giftgasfabrik vor Gericht beweisen.

Vor wenigen Tagen veröffentlichte der Reichstagsabgeordnete Genosse Künstler in der sozialdemokratischen Presse ein Gespräch mit zwei deutschen Arbeitern, die in einer Giftgasfabrik in Rußland gearbeitet hatten. Diese Fabrik wird von der Hamburger chemischen Firma Stolzenberg betrieben. Die Angaben Künstlers wurden von der kommunistischen Presse natürlich als erlogen bezeichnet. Das kommunistische Organ in Halle ging sogar so weit, Künstler als „Lügenkünstler" und „Lügenstümper" zu bezeichnen. Der Genosse Künstler hat, wie uns heute aus Berlin gemeldet wird, das kommunistische Organ wegen Beleidigung verklagt. Er beabsichtigt, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten.

Die Saale steigt. Die Saale ist infolge der anhaltenden Regenfälle der letzten Tage und vor allem der Schneeschmelze in den Bergen Thüringens um einen halben Meter gestiegen. Da auch von den Nebenflüssen der Saale, besonders der Unstrut, Hochwasser gemeldet wird, wird ein weiteres Steigen der Saale erwartet. Direkte Hochwassergefahr besteht nicht.

Dr. Hauchecorne zum Zoodirektor gewählt. Dr. phil. Friedrich Hauchecorne (sprich: Oschkorn!), der den Zoologischen Garten unserer Stadt kommissarisch verwaltet hat, ist nunmehr endgültig zum Zoodirektor gewählt worden. Dr. Hauchecorne ist geborener Berliner, 32 Jahre alt, und war zuletzt zwei Jahre hindurch Assistent am Berliner Zoo (Geheimrat Heck). Er hat sich durch verschiedene Neuheiten die er in unserem Zoo im vergangenen Jahre einrichtete, wie die Volieren für Heimatvögel und das Vogelhäuschen für Exoten beim Publikum bestens eingeführt. Wir dürfen von Hauchecornes Tätigkeit die beste Entwicklung unseres Gartens erwarten.

Um 0,7 Prozent gestiegen sind gegenüber der Vorwoche die vom Statistischen Amt der Stadt Halle ermittelten Lebenshaltungskosten-Indexziffern. Stand des Index für die Gesamtlebenshaltung 1,88.

Bei der städtischen Sparkasse wurden im Dezember 1926 1 272 530 Mk. eingezahlt und 846 030 Mk. abgehoben, sowie 972 Sparbücher ausgefertigt und 154 geschlossen. Der Gesamteinlagenbestand hat sich also im letzten Monat um 426 500 Mk. erhöht und beträgt jetzt einschließlich der zugeschriebenen Zinsen für 1926 rund 10 250 000 Mk. Die Einlagen haben sich gegenüber dem Bestand am Jahresschluß 1925 (5 115 508 Mk.) gerade verdoppelt. Das Vertrauen zu den Sparkassen ist also erreulicherweise weiter gewachsen.

Angestellte und Angestelltenversicherung. Durch die Rationalisierung vieler Betriebe wurden in sehr vielen Fällen Werkmeister und technische Betriebsangestellte in Stellungen gedrängt, wo sie vom Arbeitgeber nicht mehr als Angestellte betrachtet werden. Dabei ist bemerkenswert daß für die Beurteilung der Zugehörigkeit zur Angestellten- oder Arbeiterversicherung nicht der Titel, sondern andere Merkmale, im wesentlichen die Tätigkeit, entscheidet. Der Deutsche Werkmeister-Verband wird in nächster Zeit umfangreiche Erhebungen darüber anstellen, wo gesetzlich unzulässige Verschiebungen vorliegen. Das gesammelte Material wird den Behörden unterbreitet.

Gefrierfleischverbrauch in Großstädten. Wie der Amtl. Preußische Pressedienst einer aus 80 Großstädten aufgestellten Statistik entnimmt, wurde in 15 Großstädten im dritten Vierteljahr der Kopfverbrauch der vorhergehenden überschritten, die stärkste Steigerung weisen Magdeburg, Altona und Bues auf.

Gefahren aller Schachtanlagen. Gestern vormittag wurde der Arbeitswagen der Feuerwehr nach der Halle-Pöthler Grenzflur gerufen, wo ein Pferd beim Bestellen des Ackers infolge Schachtbruchs eingesunken war. Das Pferd konnte, ohne daß es Schaden genommen hatte, aus seiner Lage befreit werden.

Von der Straße. An der Geiststraße stürzte infolge des schlüpfrigen Pflasters ein Pferd zu Boden und zog sich einen Bruch des rechten Fußes zu. Er wurde einem Krankenhause zugeführt. — An der Ecke Alte Promenade und Geiststraße stieß ein Personenkraftwagen mit einem Radfahrer zusammen.

Wem gehört die Kassette? In der Toilette einer Gastwirtschaft der unweit Halles ist eine kleine, nußbaumlackierte eiserne Kassette mit vernickeltem Handgriff, wie sie zur Aufbewahrung von Schlüsseln oder Geld verwendet werden, erbrochen aufgefunden worden. Der Eigentümer wird gebeten, sich bei der Kriminaldirektion zu melden.

Film und Kleinkunstbühne.

„Der Student von Prag."

Die UT-Lichtspiele sagen nicht zuviel in ihren Ankündigungen, wenn sie diesen Film als einen künstlerisch starken bezeichnen. Das spezifisch Filmische des Werkes ist grobartig genug, um zu begeistern. Die Idee des Doppelgängers ist in einer Weise gestaltet, die überrascht und entzückt. Der Roman von dem Prager Studenten, der sich, ein anderer Faust, um des Geldes willen dem Teufel in Gestalt eines Bücherers verschreibt, um den reichen Verlobten seiner Geliebten auszustechen, ist ein Stoff für den Film, wie man sich ihn wünscht. Man ist erfreut, nach langem Gang durch die Filmwüste, in diesem Werk wieder einmal auf eine Oase zu stoßen, an der sich Auge und Verstand gleichermaßen erquicken können. Die Qualität der Schauspieler trägt überdies stark dazu bei, den Film zu einem Genuß für den Zuschauer zu machen. Conrad Veidt, der Darsteller des Studenten, führt ein Spiel vor, wie es unter unseren Künstlern nur noch einer in gleich vollendeter Weise vermöchte; Alfred Abel. Es drängt sich auch sonst der Vergleich mit Abel auf: Im varianten Gebrauch der Mittel bei höchster Wirkung ist Veidts Darstellerkunst von einer beglückenden Delikatesse. Die ganze Skala menschlicher Gefühle vermag dieses faltenreiche Gesicht, vermögen diese großen Augen auszudrücken mit Mitteln, die den großen Künstler kennzeichnen: Von innen heraus, aus dem Ganzen der Persönlichkeit schöpft Veidt. In seiner Partnerin, Agnes Esterhazy, hatte man eine glückliche Wahl getroffen. Ihre Kunst steht auf achtbarer Höhe. Werner Kraus als alter Wucherer war in Maske und Spiel wie immer der große Künstler, als der er bekannt ist. Fleißt Elisa la Porta, die nicht zu überzeugen vermochte. Es fehlt ihr an Temperament für die Rolle.

G. H.

Abschiedsvorstellung im Walhalla-Theater. Heute abend 8 Uhr findet die Abschiedsvorstellung des Jean-Gilbert-Ensembles mit dem Operettenschlager „In der Johannisnacht" von Jean Gilbert statt. Morgen, Sonnabend, Premiere der großen Ausstattungsrevue „Die bunte Titte", Musik von Viktor Corallius, mit dem großen Ballett und 40 Mitwirkenden.

Verkehrsverbesserung Wettin—Halle.

Der Kraftwagenführer Karl Mouillé in Freyburg beabsichtigt, eine Kraft-Omnibus-Verkehrslinie zwischen Wettin und Halle zu eröffnen, und zwar soll die erste Verbindung führen: Von Wettin über die Ortschaften Zaschwitz, Fienstedt, Salzmünde, Schiepzig, Lettin, Kröllwitz nach Halle; diese Linie ist zirka 22 Kilometer lang und soll zweimal täglich befahren werden. Die zweite von Wettin über die Ortschaften Mücheln, Lettewitz, Beidersee, Morl nach Halle; diese Linie ist zirka 20 Kilometer lang und soll einmal täglich befahren werden. Ferner beabsichtigt Mouillé, die in Leuna beschäftigten etwa 60 Wettiner Arbeiter (sowie die der umliegenden Ortschaften) mittels eines Lastwagens bis nach Halle zu befördern und dort wieder abzuholen. Der Landrat des Saalkreises bringt dieses Vorhaben mit dem Bemerken zur Kenntnis, daß Einsprüche bei ihm innerhalb zweier Wochen anzubringen sind.

*

Können. Steuern zahlen! Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß die für Monat Januar fälligen Grundvermögens- und Hauszinssteuern, sowie die Gemeindezuschläge bis 15. Januar in der Kämmereikasse zu zahlen sind. Besonders erwähnenswert ist, daß die bisher gewährte Schonfrist von 7 Tagen in Wegfall gekommen ist. — Jahresversammlung der Partei. Die zu Sonnabend den 15. Januar, angesetzte Jahresversammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins kann Umstände halber nicht stattfinden. Sie findet bestimmt am Sonnabend dem 22. Januar im Bürgergarten statt.

Können. Reichsbanner-Generalversammlung. Die Generalversammlung des Reichsbanners wählte den bisherigen Vorstand einstimmig wieder. Beschlossen wurde, am 22. Februar, dem Gründungstage des Reichsbanners, einen Fackelzug mit anschließendem Vortrag im „Bürgergarten" abzuhalten.

Tack
Augen auf!
Sie können lange suchen....
4.90
6.90
12.90
ehe Sie solche Vereinigung billiger Preise und guter Qualität wiederfinden, wie in unserem
Inventur-Ausverkauf
Damen-Spangenschuhe elegant gearbeitet . . 4.90
Damen-Lack-Spangenschuhe m. Seitendurchbruch 6.90
Damen-Modezugpumps in vornehm. Aufmach. 6.90
Damen-Lack-Modezugpumps für Straße und Gesellschaft 7.90
Herren-Halbschuhe hochfein, weiß gedopp. 7.90, echt Rindbox . 6.90
Herren-Schnürstiefel echt Rindbox, solides Fabrikat . . . 8.90 7.90
Herren-Lack-Halbschuhe für Gesellschaft 11.90
Herren-Lack-Halbschuhe m. Krokoeins. 12.90
Restposten und Einzelpaare
weit unter Preis, sehr günstige Kaufgelegenheit
Schuhfabrik Tack & Cie. Burg b. Magdeb.
Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Halle-Saale Schmeerstr 1, Fernspr. 26 240

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0005

Haftbefehl und Untersuchungshaft.

Nach der neuen Verordnung vom 27. Dezember 1926.

Es ist von großer Wichtigkeit, weiteste Kreise auf die Aenderungen hinzuweisen, von denen die Strafprozeßordnung durch das Gesetz vom 27. Dezember 1926 getroffen wird. Es ist doch zweifellos die Absicht des Gesetzgebers gewesen, nach Möglichkeit bestehende Härten des Prozeßverfahrens zu mildern und vor allem in weiterem Maße als bisher dafür Sorge zu tragen, daß der Beschuldigte in die Lage versetzt wird, alle Möglichkeiten zu seiner Rechtfertigung auszuschöpfen. Es ist von allgemeinem Interesse, die neuen Bestimmungen schnellstens zur gemeinverständlichen Kenntnis zu bringen, damit jeder Staatsbürger davon unterrichtet ist, welche durch Gesetz geschirmten Rechte ihm im Falle der Verhaftung zustehen:

1. Der Haftbefehl ist dem Angeschuldigten in weiterem Maße als bisher, nämlich wenn es irgend möglich ist, unmittelbar bei der Verhaftung bekanntzumachen. Soweit diese Bekanntmachung nicht in schriftlicher Form erfolgt, ist der Angeschuldigte darauf hinzuweisen, daß ihm auf Verlangen eine Abschrift erteilt werden kann. Wenn die Bekanntmachung bei der Verhaftung aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgen kann, ist sie so schnell als möglich nachzuholen. Der Angeschuldigte soll jedoch sogleich vorläufig davon unterrichtet werden, welcher strafbaren Handlung er verdächtig ist.

2. Dem Verhafteten muß die Möglichkeit gegeben werden, seine Angehörigen und, soweit er daran ein wesentliches Interesse hat, andere Personen von der Verhaftung zu benachrichtigen. Diese Benachrichtigung hat auf Wunsch des Verhafteten durch die Behörde zu erfolgen.

3. Der Angeschuldigte muß nach seiner Verhaftung unverzüglich dem zuständigen Richter vorgeführt werden und von diesem vernommen werden. Er soll bei der Vernehmung auf die ihn belastenden Umstände hingewiesen werden und es ist ihm Gelegenheit zu geben, alle ihn entlastenden Tatsachen vorzubringen.

4. Wenn es sich nicht um einfache Uebertretungen handelt, kann der Verhaftete beantragen, daß in gerichtlicher Verhandlung darüber entschieden wird, ob der Haftbefehl aufrechtzuerhalten ist oder nicht. Der Termin zur mündlichen Verhandlung muß binnen einer Woche nach Eingang des Antrages anberaumt werden, es sei denn, daß der Angeschuldigte mit einem späteren Zeitpunkt einverstanden ist.

5. Der Angeschuldigte muß bei Bekanntmachung des Haftbefehls auf sein Beschwerderecht und auf die Möglichkeit zur Herbeiführung der vorgenannten Gerichtsverhandlung hingewiesen werden.

6. Das Gericht muß während der Dauer der Untersuchungshaft ständig in einem Haftprüfungsverfahren in gewissen Abständen, die mindestens 3 Wochen, aber nicht mehr als 3 Monate ausmachen sollen, erforschen, ob die Haft aufrechtzuerhalten ist. Der Verhaftete hat einen Anspruch darauf, daß im Haftprüfungsverfahren eine mündliche Verhandlung stattfindet. In jedem Falle muß er, gegebenenfalls auch sein Verteidiger gehört werden. Ist allerdings das Hauptverfahren eröffnet worden, dann findet eine mündliche Verhandlung nicht mehr statt.

7. Von Ort und Zeit der mündlichen Gerichtsverhandlung, in der über die Frage der Aufrechterhaltung der Haft entschieden wird, sind die Staatsanwaltschaft sowie der Angeschuldigte und sein Verteidiger zu benachrichtigen. Der Angeschuldigte hat ein Recht darauf, zu der Verhandlung vorgeführt zu werden. Erscheint er nicht, so muß sein Verteidiger seine Rechte wahrnehmen. Hat die Untersuchungshaft bereits 3 Monate gedauert, so besteht Verteidigungszwang, d. h. wenn der Verhaftete nicht von sich aus einen Verteidiger gewählt hat, so ist ihm von Amts wegen einer zu bestellen. Die Entscheidung über Aufrechterhaltung oder Aufhebung der Untersuchungshaft ist nach Möglichkeit am Schlusse der Verhandlung, spätestens jedoch binnen einer Woche zu verkünden.

8. Vor Erhebung der öffentlichen Klage durch die Staatsanwaltschaft ist der Angeschuldigte sofort freizulassen, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt. Diese kann auch von sich aus anordnen, daß sofortige Freilassung erfolgt.

Im Vorstehenden sind die wesentlichsten Punkte der neuen Bestimmungen in knapper Form dargestellt. Das Gesetz vom 27. Dezember 1926 enthält noch verschiedene weitere Aenderungen der Strafprozeßordnung, die aber hier nicht von besonderem Interesse sind. Jedenfalls wird die Novelle die Möglichkeit geben, eine schnellere Klärung unter möglichster Milderung der mit jeder Verhaftung verbundenen Härten herbeizuführen.

Dr. B.

Der Schiedsmann.

Seine Tätigkeit und seine Aufgaben.

Die seit dem 1. Januar 1925 in Kraft gesetzte Preußische Schiedsmannsordnung hat nicht unerhebliche Abänderungen gebracht. Die Unkenntnis über diese Vorschriften hat, wie in der Praxis immer wieder zutage tritt, zu manchem Verdruß für das Publikum und auch für den Schiedsmann geführt, weshalb die wesentlichen Bestimmungen hier erläutert werden sollen:

1. In welchem Falle ist eine Sühneverhandlung vor dem Schiedsmann erforderlich?

Man unterscheidet zunächst in Sühneverhandlungen vor dem Schiedsmann: a) in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (jedoch nur über vermögensrechtliche Ansprüche) und b) in Strafsachen.

In Strafsachen brauchten Sühneversuche vor dem Schiedsmann bisher nur stattzufinden in Fällen von „Beleidigung und Körperverletzung", ehe die Klage beim Gericht erhoben werden konnte. Die neue Schiedsmannsordnung hat diesen Zwang auf weitere Straftaten, als „Hausfriedensbruch, leichte vorsätzliche oder fahrlässige Körperverletzung, Bedrohung, Sachbeschädigung und Verletzung fremder Geheimnisse" ausgedehnt.

Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten besteht kein Zwang, vor Anbringung der Privatklage beim Gericht einen Sühneversuch beim Schiedsmann zu unternehmen. Deshalb sollen sich die weiteren Ausführungen auch nur auf Strafsachen beziehen.

2. Wo muß der Antrag um Sühneverhandlung gestellt werden?

Will ein Bürger eine Privatklage in den unter Abschnitt 1 angeführten Strafverfahren erheben, so muß er zunächst beim Schiedsmann einen Termin zur Sühne mit dem Gegner beantragen. Zuständig ist der Schiedsmann, in dessen Bezirk der Täter, der Beschuldigte, wohnt.

3. Muß der Beschuldigte auf Vorladung des Schiedsmannes zum Sühnetermin erscheinen?

Der Beschuldigte muß zu dem angesetzten Sühnetermin erscheinen. Es steht nicht — wie früher gestattet war — in seinem Belieben, ob er erscheinen will oder nicht. Das neue Gesetz zwingt sogar durch Ordnungsstrafen dazu. Schon in der Ladung wird der Beschuldigte darauf hingewiesen, daß er mit einer Ordnungsstrafe bis zu 30 Mk. bestraft werden kann, wenn er nicht erscheint. Erscheint der Beschuldigte nicht, so hat der Schiedsmann die Pflicht, gegen ihn eine Ordnungsstrafe zu verhängen. Nur wenn der Beschuldigte sein Nichterscheinen rechtzeitig und mit triftigen Gründen (Krankheit, notwendige Reise usw.) entschuldigt, ist von einer Bestrafung abzusehen. Sodann muß der Schiedsmann einen zweiten Sühnetermin anberaumen. Erscheint der Beschuldigte auch hier wieder nicht, so muß er wiederum bestraft werden. Der Schiedsmann darf aber dann nachdem dieser zweite Termin vergeblich anberaumt ist, dem Antragsteller die Bescheinigung über den erfolglosen Sühneversuch ausstellen.

4. Welche Kosten entstehen im Sühneverfahren beim Schiedsmann?

Ueber die Kosten im Sühneverfahren ist folgendes zu erwähnen:

Für die Sühneverhandlung, das heißt wenn beide Parteien im Termin erschienen sind und eine Verhandlung stattgefunden hat, wird eine Gebühr von 4 Mk. erhoben. Kommt in dieser Verhandlung eine Aussöhnung zustande, so erhöht sich die Gebühr um weitere 4 Mk. Der Schiedsmann darf diese Gebühren bis zu 50 Mk. erhöhen, falls die Schwierigkeit des Falles und die Verhältnisse der Parteien die Erhöhung angezeigt erscheinen lassen. Für das Sühneattest ist eine Gebühr von 2 Mk. zu zahlen, aber nur dann, wenn eine Verhandlung nicht stattfand, weil der Beschuldigte nicht erschienen ist. Die Gebühren für eine erfolglose Sühneverhandlung und für das Sühneattest können also nicht gleichzeitig berechnet werden. Weiter sind dem Schiedsmann Schreibebühren und bare Auslagen zu entrichten.

Der Schiedsmann kann die Gebühren für die Sühneverhandlung, den Vergleich und das Sühneattest mit Rücksicht auf die Armut der Parteien ermäßigen oder ganz erlassen.

5. Wer muß die Kosten des Sühneversuchs und der Verhandlungen bezahlen?

Zur Zahlung der Gebühren usw. ist der Antragsteller verpflichtet; der Schiedsmann kann aber auch seine Tätigkeit von der vorherigen Entrichtung der Gebühren und der voraussichtlichen Auslagen abhängig machen. Der Antragsteller kann die Kosten später vom Gegner ersetzt verlangen, wenn er im Privatklageverfahren gesiegt und der Gegner zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden ist.

•

Zulassung der Frauen zum Schiedsmannsamte. Durch das vom Preußischen Landtage beschlossene Gesetz vom 25. November 1926 können nunmehr auch Frauen zu dem Amte eines Schiedsmannes berufen werden. Artikel 2 bestimmt, daß die Rechtsgültigkeit von Amtshandlungen der vor dem Inkrafttreten (26. November 1926) des Gesetzes zum Schiedsmannsamte berufenen Frauen nicht aus dem Grunde in Frage gestellt werden kann, weil nach den bisherigen Vorschriften die Berufung einer Frau zum Schiedsmannsamte unzulässig gewesen sei. Neben anderen in § 8 der Schiedsmannsordnung aufgeführten Entschuldigungsgründen ist eine Frau zur Ablehnung oder Niederlegung des Schiedsmannsamtes berechtigt, wenn ihr die Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert. In Sachen ihres Ehegatten ist sie von der Ausübung des Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen.

Hochwasser und Schlammflut.

Die Regulierung der Weißen Elster und der Luppe.

Die Klagen, die über die Hochwasserschäden und Verschmutzung der Weißen Elster erhoben werden, reichen bereits viele Jahre zurück, und die Frage, wie diese Klagen am besten zu beheben seien, war dauernd Gegenstand der Sorge der zuständigen Behörden. Das im Sommer 1924 eingetretene außergewöhnliche Hochwasser, das besonders im Kreise Zeitz, im Mittel- und Unterlauf der Elster bedeutenden Schaden anrichtete, und die weiterhin stark zunehmende Verschmutzung des Flußlaufs durch die vielen Industrien und kommunalen Abwässer, die sich seit Ende 1923 besonders im Kreise Merseburg, im Unterlauf der Elster und ihrem Nebenarme, der Luppe, im erhöhten Maße bemerkbar machten, gaben zu neuen Klagen Veranlassung. Der Regierungspräsident Grützner hat sich dankenswerterweise sehr energisch für eine Abhilfe eingesetzt. Die Berichte, die er in Verfolg der Klagen an den Minister für Handel und Gewerbe und an den Minister für Volkswohlfahrt erstattete, führten dazu, daß letzterer die Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem zur Begutachtung der Verunreinigung der Weißen Elster und Luppe, sowie der Beschaffenheit dieser Wasserläufe beim Austritt aus Thüringen und Sachsen aufforderte. Dieses Gutachten wurde unterm 30. Januar 1926 erstattet und kam zu dem Ergebnis, daß eine befriedigende Lösung nur durch die

Zusammenfassung der im gesamten Flußgebiete ansässigen Industrie und Kommunen zu einer Abwässergenossenschaft

erreicht werden könne. Da dieses Ziel mangels eines einheitlichen Reichs-Abwässergesetzes und wegen der Zugehörigkeit des Flußlaufes zu drei verschiedenen Freistaaten kaum zu erreichen sein wird, hatte der Regierungspräsident die Absicht, die Bildung verschiedener Genossenschaften, je eine für den Kreis Zeitz und den Kreis Merseburg für sich, sowie je eine für die Freistaaten Thüringen und Sachsen in Vorschlag zu bringen, die nach einem einheitlichen Plan gebildet und zu einer gewissen Einheitlichkeit gebracht werden sollten.

Bezüglich der Hochwasserregulierung war das Kulturbauamt in Merseburg beauftragt worden, ein Gutachten und einen Vorarbeitskostenanschlag, für die preußischen Flußstrecken auszuarbeiten. Soweit die bisher angestellten Untersuchungen und örtlichen Besichtigungen ergeben haben, ist es notwendig, den im Kreise Zeitz belegenen Flußlauf von den Flüssen im Kreise Merseburg ihres vollständig verschiedenen Charakters wegen voneinander zu trennen. Denn während im Kreise Zeitz der Flußlauf tief in das Gelände eingeschnitten ist und nur mit Ausnahme einer verhältnismäßig kurzen Strecke unterhalb Zeitz ein schmales Hochwasserüberschwemmungsgebiet besitzt, hat er im Kreise Merseburg nur ein flaches Profil und ein viele Kilometer weit ausgedehntes Ueberschwemmungsgebiet.

Wie aus dem genannten Gutachten der Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene hervorgeht, sind

Weiße Elster und Luppe bei ihrem Eintritt aus dem Freistaat Sachsen in preußisches Gebiet in ganz bedeutendem Grade verunreinigt.

Die Verunreinigung rührt her einmal von Braunkohlengruben, Brikettfabriken und Schwelereien, die eine braune Verfärbung des Flußwassers und einen zeitweise phenolartigen Geruch desselben mit sich bringen, sodann aber in der Hauptsache durch die Einleitung ungenügend gereinigter städtischer Abwässer der großen rund 680 000 Einwohner zählenden Stadt Leipzig, deren Menge im Verhältnis zu den beiden nur kleinen Vorflutern, Elster und Luppe, viel zu groß ist, als daß in ihnen eine ausreichende Verdünnung der Schmutzstoffe stattfinden kann. Die Verunreinigung der beiden Flußläufe ist so groß, daß sie tagtäglich die breite Oeffentlichkeit im steigenden Maße beschäftigt. Sie ist in Preußen bereits zu einem Dauerzustande geworden. Diese Dauerverschmutzung hat folgende schwerwiegende Nachteile:

1. Die in den Abwässern enthaltenen Fäkalstoffe gefährden die die Gesundheit der Anwohner der Elster und Luppe in hohem Grade, weil ein Teil von ihnen für die Trinkwasserversorgung unfiltriertes Flußwasser verwendet.

2. Die landwirtschaftlichen Betriebe jeder Größenklasse, die in dieser fruchtbaren Niederung eine bedeutende Rolle spielen, werden in erheblichem Maße steigend geschädigt. Denn durch die Schlammablagerung hat sich das Bett der beiden Flußläufe dadurch, daß sich der Schlamm in den starken Krümmungen und im Oberwasser der Mühlenstaue festsetzt, im Laufe der Zeit immer mehr verengert, wodurch heute ein frühzeitiges Austreten der Flußläufe selbst bei geringen Niederschlägen und damit erhöhte Hochwassergefahr hervorgerufen wird.

3. Die Anlieger können infolge der ständigen Neuzuführung von erheblichen Schlammassen nicht ihrer Reinigungspflicht nachkommen. Die Verschmutzung hat bisweilen zur Folge, daß nach Ablauf des aus Elster und Luppe ausgetretenen Hochwassers — wie es in diesem Sommer ebenfalls beobachtet werden konnte — die Grasbestände auf weite Strecken hin mehr als an anderen Wasserläufen wie mit einem Schlammteppich bedeckt werden und dadurch ihr Ertrag vermindert wird.

Um diesen immer wieder auftretenden Klagen, die bei der diesjährigen Sommerhochwasserkatastrophe besonders laut wurden, auf den Grund zu gehen, fand auf Anregung des Regierungspräsidenten Grützner, der sich mit dem Rat der Stadt Leipzig ins Benehmen gesetzt hatte, am 6. November 1926 eine Besichtigung der Kläranlagen im Rosental sowie eine eingehende Besprechung der Angelegenheit statt. Die Kläranlage der Stadt Leipzig, in die alle Abwässer aus den Grundstücken und gewerblichen Anlagen des ganzen Stadtgebiets, mit Ausnahme der Abwässer aus dem rund 15 000 Einwohner umfassenden Vorort Leipzig-Wahren, hineingelangen, besteht aus einer Anzahl von Klärbecken, in die das Kanalwasser gelangt, nachdem es einen Sandfang sowie eine Rechenanlage durchflossen hat, an der sich die größten Schmutzstoffe absetzen. Nach dem Durchfluß durch die Klärbecken, aus denen der sich darin absetzende Schlamm auf Trockenbeete zur landwirtschaftlichen Nutzung geschafft wird, gelangen die Abwässer in eine Chlorungsanlage, in welcher das Abwasser nach dem Chlorgasverfahren behandelt wird. Hier wird dem Abwasser nach seinem Austritt aus den Klärbecken Chlor zugeleitet und das so gechlorte Abwasser der Elster oder der Luppe zugeführt. Nach Angabe des Baudirektors werden etwa 180 Kilo Chlor je Stunde verbraucht.

Wie die am Besichtigungstage entnommenen Proben ergaben, war die Klärwirkung, soweit sich dies sinnlich wahrnehmen läßt, befriedigend, da das gechlorte Abwasser verhältnismäßig klar und geruchlos war. Trotzdem ist die Endwirkung durch die Chlorung auf die Vorfluter keineswegs einwandfrei; denn es wird anscheinend durch diese nur eine Verringerung der Keime erreicht, nicht aber die Fäulnisfähigkeit dem Abwasser genommen, höchstens weiter flußabwärts verlegt, wie dies auch aus dem Zustand der Elster und Luppe auf der Strecke unterhalb Leipzigs bis Burgliebenau (Saalkreis) hin zu schließen ist. Denn, wenn auch die Abwässer des Vororts Wahren noch ungereinigt den Vorflutern unterhalb der Kläranlage zugeführt werden, so könnte diese Abwassermenge, die nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Leipziger Abwässer darstellt, nicht die dauernd vorhandene Verschmutzung der Vorfluter in dem hohen Maße hervorrufen.

Bei der im Anschluß an die Besichtigung der Kläranlage im Leipziger Rathause stattgefundenen Besprechung wurde von Herrn Oberbürgermeister Dr. Rothe wiederholt zugegeben, daß die heutige Leipziger Kläranlage nur als eine Zwischenlösung zu betrachten sei, daß die Stadt dauernd Versuche darüber anstelle, welches Klärverfahren das beste sei, und daß sie nicht abgeneigt sei — wenn die Versuche ein günstiges Ergebnis erzielen sollten —, eine andere Kläranlage, etwa nach dem Schlammbelebungsverfahren, anzulegen. Zurzeit seien aber die finanziellen Kräfte der Stadt so stark in Anspruch genommen, daß vorläufig an die Errichtung einer solchen Kläranlage, die überschläglich etwa 20 bis 25 Mill. Mk. Kosten verursachen würde, nicht zu denken sei.

Die Herren wiesen ferner darauf hin, daß das Wasser der Elster bereits oberhalb Leipzigs durch Braunkohlenwerke, sowie Briketts und Paraffinfabriken, die teils in Sachsen, teils in Thüringen liegen, stark verschmutzt sei. Diese Verunreinigung sei so stark, daß

das Elsterwasser beim Eintritt in die Stadt durch Braunkohlenrückstände bräunlich gefärbt

ist und besonders an den Wehren bis hinter Wahren zeitweise einen Geruch nach Phenol und Teer verbreite. Eine Verpflichtung der Stadt, das Abwasser in den derart verschmutzten Vorfluter in reinerem Zustande, als ihn dieser aufwirft, einzuführen, läge nicht vor.

Die Vertreter der Stadt Leipzig wiesen weiter darauf hin, daß die Stadt auch mit Rücksicht auf die Abführung ihrer Abwässer ein großes Interesse an einer Regulierung der Vorfluter innerhalb und unterhalb ihres Stadtgebietes habe. Dabei sei von dem Rat stets der Standpunkt eingenommen worden, daß der Ausbau der Kläranlage im Zusammenhange bleiben müsse mit der Regelung der Vorflut sowohl bei niedrigen und mittleren Wasserständen als auch bei Hochwasser. Die Stadt habe daher, um die Vorflut innerhalb ihres Gebietes zu verbessern, schon vor einer Reihe von Jahren zwischen der alten Elster und der Luppe eine etwa 2,5 Kilometer lange und 150 Meter breite Hochflutrinne angelegt und die beiderseits gelegenen Wasserläufe reguliert, damit sie die Hochwässer ohne Schaden für das Stadtgebiet abführen.

Hierzu ist zu bemerken, daß auf diese Weise die Stadt Leipzig sich zwar selbst vor Hochwasser geschützt hat, daß aber für die unterhalb gelegenen Ortschaften diese Anlage keinen Nutzen bringt. Dort bleiben die Ueberflutungen bei Hochwasser weiterhin bestehen und führen dabei infolge der starken Belastung der Vorfluter durch die große eingeleitete Abwässermenge zu katastrophalen Erscheinungen, wie dies im letzten Jahre wieder hervorgetreten ist.

Die Vertreter der Stadt Leipzig legten weiterhin dar, daß die Stadt auf die Verbindung der Ableitung der Kanalwässer mit der Hochwasserregulierung unterhalb Leipzigs deshalb ein besonderes Gewicht lege, weil sie dadurch glaubt, die Kosten für eine Klärung ihrer Abwässer zu vermindern, und sich auch dann berechtigt fühlt, in die tadellos regulierten und aufnahmefähigen Vorfluter weniger geklärte Abwässer einleiten zu können. An einer glatten Hochwasserabführung unterhalb Leipzigs habe die Stadt nur insofern ein Interesse als dadurch der Grad der Klärung ihrer Abwässer beeinflußt würde. Sie sei aber bereit, an dem Regulierungsplane mitzuarbeiten in der Voraussetzung, daß sich die sächsischen Regierungsstellen (Kreishauptmannschaft, Amtshauptmannschaft), die an dem Plane infolge der Einleitung von Abwässern innerhalb des Freistaates Sachsen und der Hochwassergefahr für die unterhalb Leipzigs bis zur sächsisch-preußischen Grenze in der Elster- und Luppeaue gelegenen Ortschaften stark interessiert seien, daran beteiligen würden.

Regierungspräsident Grützner wies nunmehr darauf hin, daß die Verschmutzung der Elster und Luppe durch die städtischen Abwässer ihren Höhepunkt erreicht habe und besonders in der letzten Zeit die breiteste Oeffentlichkeit in den betroffenen preußischen Gebieten unterhalb Leipzigs beschäftige. Die in ihrer Lebenshaltung, namentlich auch in ihrer Gesundheit durch die unerträglichen Dauerzustände an Luppe und Weißer Elster bedrohte Bevölkerung hätte sich mit einem durchaus verständlichen Appell an die Oeffentlichkeit gewandt in Versammlungen, die unter Leitung des zuständigen Landrats von Merseburg gestanden hätten, und auch der Landbund der Provinz Sachsen habe seine Mitglieder in dieser Angelegenheit aufgerufen. Die durchaus erklärliche Erregung der öffentlichen Meinung sei derart gewachsen, daß jetzt, nach einem Menschenalter der Klagen

unbedingt Abhilfe geschaffen werden müsse.

Wie festgestellt sei, reichen die Pläne zur Verbesserung der Kläranlage Leipzigs und der Regulierung der Elster und Luppe schon lange Zeit zurück. Bereits vor 28 Jahren habe man sich mit dieser Frage beschäftigt, ohne einen Schritt weiter zu kommen. Da bereits seit Jahrzehnten von Zeit zu Zeit zwischen den beteiligten Ortsbehörden und zu diesem Zwecke besonders eingesetzter Kommissionen immer wieder und wieder Besprechungen stattgefunden haben, ohne daß das geringste greifbare Ergebnis erzielt worden sei, schlug Grützner vor, daß von einem mit der Abwässerfrage besonders vertrauten und an praktischen Erfahrungen reichen Fachmann für sämtliche drei beteiligte Länder ein Gutachten darüber eingeholt werden müsse, in welcher Weise am besten in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192701 14/fragment/page=0006

wirtschaftlicher Hinsicht die Aufgabe der Klärung aller in die Elster und ihre Nebenflüsse hineinlagenden Abwässer und ihre Abführung bis nach der Saale hin gelöst werden könne. Er brachte den in Fachkreisen allgemein als erstklassige Autorität auf dem Gebiete der Abwässerreinigung anerkannten Direktor des Ruhrverbandes, Dr. ing. Imhoff in Essen in Vorschlag. Die Herren vom Rat der Stadt Leipzig stimmten diesem Vorschlage zu.

Im Interesse der Beschleunigung der Angelegenheit erscheint es dringend erwünscht, daß, ohne erst das Ergebnis des Gutachtens abzuwarten, schon bald seitens der zuständigen preußischen Zentralbehörden mit den zuständigen sächsischen und thüringischen Ministerien in Verbindung getreten wird, um zunächst eine Vorbesprechung unter Zuziehung der beteiligten Mittel- und Ortsbehörden in die Wege zu leiten, in welcher zu dem weiteren Vorgehen in dieser Angelegenheit Stellung genommen werden müßte.

Nur auf diese Weise verspricht sich der Regierungspräsident einen Erfolg und bittet in einer Denkschrift, die er dem preußischen Landwirtschaftsminister überreichen ließ, seinem Vorschlage entsprechend das Weitere zu veranlassen. Der Plan zur Verbesserung der Abflußverhältnisse in der Weißen Elster wird zurzeit noch vom Merseburger Kulturbauamt bearbeitet und wird nach Fertigstellung voraussichtlich im März vorgelegt werden können.

Das Eisenbahnunglück bei Radis-Berawitz.

Zu dem Eisenbahnunfall an der Bude 113 unweit Bahnhof Radis wird berichtet, daß dem Schrankenwärter Neumann an dem Unfall keine Schuld beizumessen ist. Das Fuhrwerk hatte sich bereits eine Viertelstunde vor Durchfahrt des Zuges festgefahren. Die Schranke konnte daher nicht geschlossen werden. Der Schrankenwärter hat alles getan, was er tun konnte. Hinzu kommt, daß der Schnellzug von Station Bergwitz bis zur Unfallstelle nur etwa vier Minuten fährt. – Neumann hat bereits einen seelischen Zusammenbruch erlitten, weil man ihm die Schuld an dem Unfall zumessen will.

Sangerhausen. Jugendweihe 1927. Alle Eltern in Sangerhausen und Umgegend werden ersucht, ihre Kinder, die Ostern die Schule verlassen und an der Jugendweihe teilnehmen sollen, sofort anzumelden in den Verteilungsstellen des Konsumvereins, bei den Genossen A. Reich (Metallarbeiterbureau) P. Feist und A. Blaß.

Kelbra. Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes. Am Dienstag fand die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt. Den Jahresbericht erstattete an Stelle des erkrankten Vorsitzenden der Kollege Gerlach. Dem Bericht war zu entnehmen, daß sich die Lage der Kyffhäuserindustrie im Laufe des Jahres wesentlich gebessert hat. So standen am 1. Januar 1926 25 männliche und 6 weibliche Mitglieder (ungefähr 18 Prozent) in Arbeit. Alle übrigen Mitglieder (82 Prozent) waren arbeitslos. Dieses mißliche Verhältnis hat sich von Monat zu Monat verbessert so daß am 1. Januar 1927 112 männliche und 8 weibl. die Mitglieder (78 Prozent) in Arbeit standen und 35 (22 Prozent) noch arbeitslos waren. Die Vorstandswahl ergab ohne Debatte die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Ebenso einstimmig wurden die Kollegen Gerlach und Rößler als Teilnehmer an den Gewerkschaftskursen gewählt.

Eilenburg. Nette Bürger. Vor den Schranken des Großen Schöffengerichts Torgau hatten sich kürzlich zwei ehrenhafte Eilenburger Bürger zu verantworten. Der Zigarrenhändler Karl Häder, ehemaliger Schützenkönig und republikfeindlich eingestellt, und der Glasermeister Wilhelm Sperling, langjähriges Mitglied des Gemeindekirchenrates. Beide waren wegen schwerer Urkundenfälschung angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Häder einen Monat Gefängnis, gegen Sperling zwei Wochen Gefängnis wegen schwerer Urkundenfälschung. Wie der Staatsanwalt geendet hatte, klappte der sonst so stramm marschierende Schützenkönig wie ein Taschenmesser zusammen. Die beiden Verteidiger der Herren Häder und Sperling gaben sich natürlich die größte Mühe, ihre Klienten ins rechte Licht zu stellen, so daß von der Anklage überhaupt nichts mehr übrig blieb. Das Gericht verurteilte Häder zu 14 Tagen Gefängnis, eine dreijährige Bewährungsfrist wurde davon abhängig gemacht, daß der Angeklagte binnen eines Monats nach Rechtskraft des Urteils 200 Mk. in die Gerichtskasse zahle. Der Mitangeklagte Sperling wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Richter betonte aber, daß Sperling trotz seines Freispruches sich nun auf seine weiße Weste nicht soviel einbilden sollte. – Nun ein paar Worte über die unparteiische Einstellung der „Eilenburger Neuesten Nachrichten". Die erste Sache, welche an diesem Tag verhandelt wurde, wo es sich um einen Arbeiter handelte, wurde prompt am andern Tage gebracht. Die Sache hier, wo es sich um die von den Verteidigern als „ehrenhafte Eilenburger Bürger" Bezeichneten handelt, wird natürlich totgeschwiegen, damit ja die Kreise der Angeklagten nichts erfahren. Wenn es sich um Arbeiter handelt, wird die Sache schön breit gemacht. Wo bleibt da die unparteiische Einstellung?

Eilenburg. Versuchter Einbruch. In der Nacht vom 12. Januar wurde in einem Erdgeschoßraum des Arbeitsamtes durch Einschlagen einer Fensterscheibe eingebrochen. In dem Raume befand sich ein Fahrrad. Anscheinend wurde der Dieb gestört, denn um das Fahrrad ins Freie zu schaffen, mußte das ganze Fenster geöffnet werden.

Falkenberg. Eisenbahnerlos. Am Mittwochabend gegen 6 Uhr verunglückte der hier in der Bismarckstraße wohnende Zugabfertiger Max Schulze tödlich. Vermutlich ist Schulze vom Güterzug 6764 abgesprungen und dabei unter den Zug geraten. Genaues konnte nicht festgestellt werden, da keine Augenzeugen vorhanden sind. Der Verunglückte hinterläßt die Ehefrau und zwei Kinder unter 16 Jahren.

Bockwitz. Ein Sprechtag für Minderbemittelte, Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, sowie für Sozial- und Kleinrentnerrentner wird hier im Gemeindeamt am Dienstag, dem 18. Januar, von 11 bis 1 Uhr abgehalten.

Grünewalde. Die Rauchvergiftungsaffäre. Nach einigen Untersuchungen über die Ursachen der Rauchvergiftung in Laußigk denen der 21jährige P. Richter von hier und ein junger Bursche aus Plessa zum Opfer gefallen sind, ist festgestellt worden, daß das Unglück weniger auf Leichtsinn der Bewohner zurückzuführen ist. Da die Oefen ohne durch das Fenster führten, (eine andere Möglichkeit der Rauchabzuhr soll nicht bestanden haben) muß wohl eine bauliche Fahrlässigkeit in Frage kommen. Die die Entwicklung giftiger Gase nur fördernde. Ein gerichtliches Nachspiel wird dieser Fall ohnehin noch mitschleppen, da der Vater des dritten Opfers, Kollowski, Klage angestrengt hat – „Ein Unglück kommt selten allein". Die bauliche Fahrlässigkeit in diesem Fall dürfte für den Besitzer wohl noch unruhige Nächte bereiten. Für ihn genügte es wohl, daß die „Knechte" wenigstens ein Dach über dem Kopf hatten. Wir glauben, daß hier am verkehrten Platz gespart wurde. An Wichtigkeit wird diese Affäre noch für alle Landarbeiter gewinnen, die eine Verbesserung ihrer Lage erstreben.

Jugendbewegung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Delitzsch. Sonntag, 16. Januar: Wintersport. Dienstag, 18. Januar: Liederabend. Freitag, 21. Januar: Vortrag. Sonnabend 22. Januar: 2. Proletarischer Dichterabend.

Eilenburg. Sonntag, 16. Januar: Abends im Jugendheim. Montag, 17. Januar: Sprechchor. Mittwoch, 19. Januar: Unsere Zeitschrift „1927".

Eisleben. Sonntag, 16. Januar: Volkstanzabend. Montag, 17. Januar: Bildungsabend. Donnerstag, 20. Januar: Vortrag: „Unser Wollen" (Referent: Paul Glaubrecht).

Halle. Sonntag, 16. Januar: Halbtagesfahrt. Montag, 17. Januar: Turnen. Donnerstag, 20. Januar: Musikstunde. Freitag, 21. Januar: Aufklärungsabend.

Helbra. Sonntag, 16. Januar: Tagesfahrt. Dienstag, 18. Januar: Liederabend H. Löns. Mittwoch, 19. Januar: Bastelabend. Donnerstag, 20. Januar: Leseabend.

Merseburg. Sonntag, 16. Januar: Heimabend. Dienstag, 18. Januar: Leseabend. Freitag, 21. Januar: Volkstanzabend.

Schkeuditz. Sonntag, 16. Januar: Volkstanzabend 6 Uhr. Mittwoch, 19. Januar: Leseabend.

Merseburg-Querfurt.

Der „Klassenkampf" findet wieder Worte.

Uns wird geschrieben: Bernhard Koenen, der Bruder des „großen" Wilhelm Koenen, hat in Merseburg als Angestellter der Kommunistischen Partei gegen entsprechendes Monatsgehalt die Gewerkschaftsfrage zu bearbeiten, und da er Metallarbeiter ist und früher dem DMV. angehörte, interessiert ihn dieser besonders. Er hatte alles eingesetzt, um diesmal den Amsterdamern die Verwaltung in Merseburg zu entreißen, und nun der schwere Reinfall. Es ist durchaus zu verstehen, daß Koenen und auch die hallische Kommunistische Parteileitung sich erst sammeln müssen um zu dem Wahlergebnis, auf welches sie große Hoffnung gesetzt hatten, Stellung nehmen zu können. Das geschieht denn auch erst am Mittwoch, dem 12. Januar, aber, wie immer, in lügnerischer Weise. Wenn wir nicht wüßten, daß die Lüge zum täglichen Brot der kommunistischen Presse wie überhaupt der Partei gehört, könnte man annehmen, der von der KPD.-Richtung zum ersten Bevollmächtigten vorgeschlagene Kollege Kühn ist daran schuld, daß offensichtliche Unwahrheiten verbreitet werden, da es ihm an der nötigen Auffassungsgabe mangelt und er nicht in der Lage ist, das wiederzugeben, was in einer Versammlung vor sich geht.

Man wirft der Ortsverwaltung mangelnde Aktivität vor und will diese damit beweisen, daß im Jahre 1926 nur 15 neue Mitglieder gewonnen seien. Man vergißt dabei zu bemerken, daß die kommunistische Ortsverwaltung die Mitgliederzahl, die früher in die Tausende ging, auf etwa 600 heruntergewirtschaftet hatte, und seitdem die Ortsverwaltung von Kollegen der Amsterdamer Richtung besetzt ist, sie auf 1050 am Ende des Jahres 1925 und auf 1065 Ende 1926 stieg. In der Generalversammlung ist extra betont worden, daß infolge der Wirtschaftskrise rund 500 Mitglieder abgewandert sind, was bei der Beurteilung der Tätigkeit der Ortsverwaltung beachtet werden muß. Wir können aber der verdrehten „Klassenkampf"-Redaktion mitteilen, daß nach dem Sieg der Amsterdamer Richtung seit Sonntag, dem 9. Januar, bereits schon wieder annähernd 50 neue Mitglieder gewonnen sind, ein Zeichen dafür, wie wirkungsvoll die Tätigkeit der alten erprobten Ortsverwaltung ist. Den Lesern des „Klassenkampf" kann man ja alles vorsetzen, und Richtigstellungen nützen nur in den seltensten Fällen etwas. Aber vielleicht bewirken die nachstehenden Zahlen doch, daß so mancher stutzig wird und sich für die Zukunft das Geschreibsel des „Klassenkampf" etwas vorsichtiger ansieht.

Der „Klassenkampf" schreibt z. B.: Die Wahl zur neuen Ortsverwaltung ergab 181 Stimmen für die Krüegerianer (im Vorjahre weit über 200) und 60 Stimmen für die Opposition (im Vorjahre 28). Man schreibt dann weiter: An allem genommen ist doch ein Vorwärtsgehen der Opposition in Merseburg festzustellen, denn auf der anderen Seite waren wenigstens 80 Dürrenberger Hochschüler anwesend, und trotzdem sind sie gegen das Vorjahr annähernd um 50 Stimmen zurückgegangen.

Was ist die Wahrheit? Erstens sind auf der Dürrenberger Wirtschaftsschule der DMV nie 80 Schüler; es sind nur immer rund 50 vorgesehen. Beim gegenwärtigen Kursus für die chemische Großindustrie kommen sogar nur etwa 40 Schüler in Frage, aber sämtliche Schüler haben in der Merseburger Verwaltung nichts zu suchen; selbst wenn sie an der Versammlung teilnehmen, können sie dies nur als Gäste und haben kein Stimmrecht; das steht ihnen nur in der Verwaltung, wo sie angemeldet sind, zu. Von der Dürrenberger Wirtschaftsschule waren nur drei Kollegen anwesend; diese sind dort angestellt und Mitglieder der Verwaltungsstelle Merseburg. Weiteres sind die angegebenen Zahlen über die vorjährige Ortsverwaltungswahl nicht richtig. Zum Beweis lassen wir die richtigen Zahlen folgen. Bei der Ortsverwaltungswahl 1925 erhielten die Amsterdamer Richtung 115 und die Kommunisten 25, 1926 die Amsterdamer 182, die Kommunisten 46 Stimmen, und bei der diesjährigen Ortsverwaltungswahl die Amsterdamer nicht 181, wie irrtümlich im „Volksblatt" stand, sondern 187 und die Kommunisten 60 Stimmen.

Wir haben schon im Bericht am Montag zum Ausdruck gebracht, daß die Kommunisten den jüngsten Lehrling zur Versammlung geschleppt hatten. In der Tat sind unter den 60 Stimmen, die die Kommunisten erhalten haben, ein sehr großer Prozentsatz von Lehrlingen, die von der Gewerkschaftsbewegung noch keine Ahnung haben. Diese Tatsache sollte aber auch unseren Anhängern ein Ansporn sein, sich mehr als bisher der Lehrlinge anzunehmen, damit auch diese zu vernünftigen und guten Gewerkschaftlern erzogen werden und nicht mehr den kommunistischen Parolen folgen.

Das Ergebnis der diesjährigen Ortsverwaltungswahl ist für die Kollegen der Amsterdamer Richtung ein geradezu glänzendes, wenn man bedenkt, welche große Mühe sich Koenen mit seinen Anhängern gegeben hat und welche Schwindeleien besonders über unseren Bevollmächtigten den Genossen Grimm, im „Klassenkampf" sowie in Erwerbslosenversammlungen, in seiner Eigenschaft als Betriebsratsvorsitzender der Firma Planck und sozialdemokratischer Stadtverordneter, verbreitet wurden.

Mögen auch diese Zeilen dazu beitragen, den Kollegen der Amsterdamer Richtung allerorts ein Ansporn zu sein bei den noch folgenden Ortsverwaltungs-Wahlen in den nächsten Tagen und Wochen.

Mosikaner Aufschneider. Im „Klassenkampf" erschien ein Bericht über die letzte Kartellsitzung. Der Berichterstatter erlaubt sich darin Sachen, die nicht so ohne weiteres von der Arbeiterschaft hingenommen werden können. So wird in dem Bericht geschrieben, daß durch die tüchtige Arbeit der „oppositionellen Kartelldelegierten" der Kassenstand sich erhöht habe. Nur ein Uneingeweihter kann derartige Dinge verzapfen. Sollte der gute Mann nicht wissen, welches Erbe die jetzige Verwaltung von seinen Freunden übernommen hat? So sei ihm nur einiges aufgezählt: 1. Wo ist das Sparkassenbuch des Vorsitzenden der Baugewerkschaft, des Anhängers der KPD. Müller (über 13 000 Mk. nach heutiger Aufwertung, ein schöner Pfennig Geld) geblieben? Das Geld gehört nach einem Beschluß der im Protokollbuch nachgelesen werden kann, doch dem Gewerkschaftskartell. 2. Wo sind die 9000 Mark gesammelte Gelder für den Leverkusener Streik geblieben? Vielleicht werden diese Fragen erst einmal vom Gewerkschaftssekretär der KPD., Herrn Koenen, in der Zellensitzung erledigt, und dann schreibe man Berichte über die „tüchtige Arbeit" der KPD. in den Gewerkschaften. Wir sind dann gern bereit, weiteres Material der „Tüchtigkeit" dem Berichterstatter des „Klassenkampf" zur Verfügung zu stellen. Aus dem kommunistischen Chaos, dem Trümmerhaufen, ist in Merseburg mit vielen persönlichen Opfern wieder eine Gewerkschaftsbewegung, trotz der Sabotage der KPD., aufgebaut worden, und die Gewerkschaftler Merseburgs wären wirklich die Prügel wert, die ihnen die KPD. zugedacht hat, wollten sie solchen Geisteskranken nochmals Gelegenheit geben, ihre sadistischen Triebe an den Arbeitern zu probieren. Deshalb ist Parole jedes Gewerkschaftlers: „Fort mit den kommunistischen Gewerkschaftsspaltern."

Schkeuditz. Vermißt. Seit dem 7. Januar wird in Ennewitz bei Schmied Gerhard Sängerblut, geb. am 18. November 1906 in Leipzig-Mockau, vermißt. Beschreibung: 165 Zentimeter groß, dunkelblondes Haar, gesundes länglisches Gesicht, blaue Augen, über dem linken Auge und auf einem Fuß größere Narbe und Blinddarmoperationsnarbe. Bekleidung: Graue Sportmütze, braunes Jackett, blaue Strickweste, grün eingefaßt, braune Manchesterhose, blauweiß gestreiftes Hemd, geg. G. S., graue Strümpfe, geg. G. S., und schwarze Schnürschuhe. S. führte ein neues Fahrrad und eine schwarze Aktentasche mit sich. Angaben über den Aufenthalt des Vermißten an die Polizeibehörden erbeten.

Wetter-Voranlage

Sonnabend: Kälter, wolkig, zeitweise heiter, mäßige Schneefälle, rauher Wind.

Salamander Schuhe ohne Konkurrenz gut und preiswert!
Leipziger Straße 100
SALAMANDER MARKE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0007

Gewerkschaftliches.

Höhere Löhne heben die Wirtschaft.

Vor kurzem hat der Reparationsagent Gilbert Parker seinen Bericht über den Stand der Reparationsleistungen veröffentlicht und gibt darin auf 187 Seiten eine umfassende Uebersicht über die deutsche Wirtschaftslage. Nachdem er über die Rationalisierung der Produktion im vergangenen Jahr und die Steigerung des Nutzeffekts der Produktion eingehend unterrichtet, kommt der Reparationsagent zu folgendem Schluß:

„Diese Politik der Rationalisierung und der Befestigung der Industrie hat kaum Veränderungen des Preis- und Lohnniveaus herbeigeführt. An einigen Stellen wurden zwar etwas höhere Löhne gezahlt und niedrigere Preise für Fertigfabrikate verlangt. Diese Fälle waren aber verhältnismäßig selten. Die Leiter der Industrie sind offenkundig auf Grund ihrer Ueberzeugung vorgegangen, daß es wünschenswerter ist, zuerst die Schulden der Unternehmungen zu bezahlen und das Betriebskapital zu vermehren."

In diesen Worten wird also die Tatsache bekundet, daß die Rationalisierung der Produktion den Unternehmern große Gewinne auf dem Rücken der Arbeiterschaft und der Verbraucher verschaffte. Der Reparationsagent fährt dann also fort:

„Für den Augenblick war dies vielleicht eine richtige Geschäftspolitik. Wir müssen aber annehmen, daß die deutschen Unternehmer für die Zukunft die Bedeutung der höheren Löhne und der damit verbundenen Ausdehnung des inländischen Absatzmarktes als Mittel zur Ermäßigung der Produktionskosten und letzten Endes auch zur Erzielung größerer Gewinne erfassen werden."

In höflicher Form gibt hier der Reparationsagent den deutschen Unternehmern einen Verweis wegen einer Lohnpolitik, deren Fortsetzung in der Zukunft auch nach seinem Urteil die Volkswirtschaft stark schädigen müßte. —

Massenkündigung in der Lausitzer Tuchindustrie.

Cottbus, 18. Januar. (WTB.)

Nachdem die Gewerkschaften auf die Aufforderung der Arbeitgeber, die Kampfmaßnahmen zurückzuziehen, nicht geantwortet haben, tritt nunmehr der Kündigungsbeschluß des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie in Kraft. Es werden sofort sämtliche unter den Tarif mit den Textilgewerkschaften fallenden Arbeiter mit Wirkung zum 20. Januar gekündigt. Von der Kündigung werden zirka 30 000 Arbeiter betroffen. Der Reichsarbeitsminister hat zwecks Beilegung des Lohnkampfes die Parteien zu Verhandlungen nach Berlin eingeladen.

Krankenkürsorge bei Betriebsunfällen.

Nach den §§ 559g und 559h der Reichsversicherungsordnung hat bei Betriebsunfällen die Krankenkasse nach den Vorschriften der Krankenversicherung Krankenpflege und Krankengeld zu gewähren. Diese Verpflichtung endet erst nach Aussteuerung des betreffenden Kranken oder nach Uebernahme der Leistungspflicht durch die Berufsgenossenschaft. Zeigt letztere der Krankenkasse an, daß sie an einem bestimmten Tage mit der Krankenbehandlung beginnen werde, endet mit dem Beginn dieses Tages die Verpflichtung der Krankenkasse zur Gewährung von Krankenpflege. Damit endet aber noch nicht die Verpflichtung zur Zahlung von Krankengeld. Dieses ermäßigt sich, wenn die Genossenschaft der Krankenkasse anzeigt, daß sie von einem bestimmten Tage an Rente oder Krankengeld in bestimmten Betrage gewähren werde, entsprechend. Ist also die Rente mindestens so hoch wie das Krankengeld, kann letzteres nicht mehr beanspruscht werden. Wenn jedoch die Rente niedriger ist als das Krankengeld, ist der Differenzbetrag bei Fortbestehen der Arbeitsunfähigkeit von der Krankenkasse bis zur Aussteuerung weiterzuzahlen.

Aus dieser klaren Rechtslage erhellt, daß die Krankenkassen kein Recht haben, die satzungsgemäßen Leistungen bei Betriebsunfällen zu verweigern. Geschieht das, so ist Beschwerde an das Versicherungsamt, nötigenfalls Berufung an das Oberversicherungsamt zu richten.

Eingegangene Druckschriften.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Januarheft 1927. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, St.-Jakob-Straße 36. Vierteljahresabonnement 3,60 Mk. — Aus dem Inhalt dieser anregenden Monatshefte heben wir hervor: Die Gewerkschaften im Jahre 1926. — Die Vertrustung der deutschen Stahlindustrie. — Neue Wege gewerkschaftlicher Propaganda. — Vom Rätegedanken zur Rätegesetzgebung. Dazu die Uebersichten über Werkzeitungen, gewerkschaftliche Jugendarbeit, Betriebsräte-Erfahrungen usw. Buchbesprechungen beschließen das Heft. Die Zeitschrift sollte vor allem in keiner Ortsverwaltung fehlen.

252

„Volkspark"

Morgen, Sonnabend:

Großes Bockbierfest

Flotte Musik

Speisen und Getränke zu billigen Preisen

Karneval-Bedarf
Gesichtsmasken
fl. Kreiow Ww.
nur Geiststr. 16

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Für kleine Kinder ist Obermacher's Medizinal-Herba-Seife dringend zu empfehlen und wirkt Wunder bei

Haut-Ausschlägen

So schrieb Frau J. Erichsen, Flensburg, St. Mathias, 30% verstärkt M. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in all. Apoth., Drog. u. Parfüm.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Mittwoch, den 19. Januar 1927, vormittags 10 Uhr sollen auf der Polizeiwache im Rathause die nicht abgeholten Fundsachen aus dem Jahre 1925 öffentlich meistbietend versteigert werden, wozu wir Kauflustige hiermit einladen. 244

Eisleben, den 10. Januar 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Saison-Ausverkauf

Wir haben unsere Waren z. T. nochmals um 20 Proz. herabgesetzt:

Bettvorlagen . . . . . von Mk. 3,50
Felle . . . . . von Mk. 5,—
Möbelstoffe . . . per Meter von Mk. 5,—
Satins, Cretonns per Meter von Mk. 1,—

Tapeten — Linoleum — Reste besonders billig

Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster

Heller & Hofmeister

Poststrasse 4

Linoleum — Tapeten — Teppiche

Urteil über „Waldflora":

. . . Fühle mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß bei meiner Tochter Ihr wunderbares Mittel „Waldflora" Nr. 0 sehr gut gewirkt hat und kann es nur jedem Rheumatismuskranken empfehlen. Wir hatten schon die Hoffnung aufgegeben, denn sie war nur noch ein Skelett und jetzt ist sie schon wieder so weit, daß sie spazieren gehen kann. Die Leute haben richtig gestaunt, weil es so schnell ging . . .

Otto Hofmann, Langenfeld.

„Waldflora" Nr. 0 wird erfolgreich angewandt bei: Gicht, Reißen, Rheuma, Ischias, Adernverhärtung, Entzündungen, Neigung zu Eiterungen, Geschwüren, Pickeln, Krampfadern, offenen Beinen, Hautausschlag, Kopfschmerzen, Energielosigkeit, sowie Blutverderbnis, hervorgerufen durch Harnsäureüberladung.

Außer „Waldflora" Nr. 0 gibt es noch folgende bewährte Spezialpräparate:

Zuckerkrankheit	Nr. 1	Steinleiden	Nr. 6
Blasenleiden	Nr. 2	Magen- und Darm.	Nr. 7
chron. Nierenleiden	Nr. 3	Nervenleiden	Nr. 8
Lungenleiden	Nr. 5	Stuhlverstopfung	Nr. 10

Kein Tee zum Kochen! Kapseln zu nehmen! Aerztlich begutachtet!

Hergestellt nach eigenem Verfahren in Pulverform. Reinste, giftfreie Naturprodukte.

Kur für 4 Wochen 3.— RM., halbe Packung 1.70 RM.

In Apotheken, Drogerien und Reformhäusern zu haben. Verlangen Sie dort oder direkt von uns kostenlose aufklärende Schriften über „Waldflora".

Georg Rich. Pflug & Co. / Gera

Vertreter: Paul Glase, Leipzig
Brüderstraße 19, Fernsprecher 10 057

ABCDEF GHIKLMN OPQRST XYZ

Drucksachen

aller Art in sauberster Ausführung liefert preiswert die

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H.

Hars 42/44 :: Fernsprecher 6605

Ueber eine Million in Betrieb!
(5 Jahre Garantie)
Die überragenden Eigenschaften der

ROYAL

Schreibmaschine

behaupte ich nicht nur, sondern ich beweise sie auch. Eine unverbindliche Vorführung kostet nichts, sie zeigt Ihnen aber, was Sie von einer modernen Maschine verlangen können.

Fr. Wohlfartin, Halle a. S.

Fernruf 25102 Schlerstr. 30 Fernruf 25102

Billige und gute Bücher

erhalten Sie in der

Volksblatt-Buchhandlung

Gr. Ulrichstraße 27

Besuchen Sie unsere Verkaufsräume.

Jungetüchtige Schneiderin nimmt noch Kundschaft an. Offerten unter V H 813 an die Exped. erbeten. 240

Plättiehrling stellt ein 241 Reform Pfännerhöhe 8.

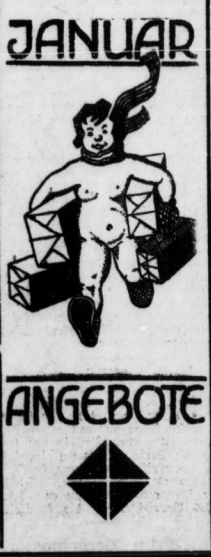
Kinder-Futterschlüpfer 48 Pf. und 58 Pf. Geminder Bernburger Str. 16

Kauft nur bei unseren Inserenten!!

Hermann Fischer, Lauchhammer
Fernspr.-Anschluß: Bockwitz 130
Fahrräder, Nähmaschinen, Motorfahrzeuge, Reparatur-Werkstatt, Rundfunk-Empfänger, Original-Telefunken, Sprechapparate,
Benzin- u. Oelstation

F. Paul, Uhrmacher
Bockwitz N.-L.
— Konigasse 3 —
Uhren und Goldwaren
Gute Auswahl — — solide Preise

Kreis Liebenwerda
D 2
JANUAR



ANGEBOTE

Bergemann Bier
Edel Hell

Eugen Iden
Klempnermeister
Bielsa — Elsterwerda
Installation für Gas- u. Wasserleitungen, Klosett- und Bade-Einrichtungen - Ausführung von Blitzableiter-Anlagen - Bauklempnerei - Sämtl. Haus- u. Küchen-Geräte - Reparaturen aller Art.

Ed. Krautwurst
Schuhmachermeister
Torgauer Straße
Schuhwarenlager
u. Reparatur-Werkstatt
Gut und billig

Emil Hänisch - Liebenwerda
Telefon 423 Roßmarkt 4
Kleider- und Seidenstoffe :: Leinen- und Baumwollwaren
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion
Wollwaren :: Trikotagen :: Kurzwaren
Leib-, Bett- und Tischwäsche

Kaufhaus Grunwald
Elsterwerda
Damen-, Herren- u. Kinder-Konfektion.
Wollwaren : Trikotagen
Wäsche : Hüte : Mützen usw.
Größte Auswahl: Billigste Preise

HAUSFRAUEN
kauft das gute
KAISER-AUSZUG-MEHL
in Beuteln zu 5 u. 10 Pfd. der
SCHLOSSMÜHLE
BAD LIEBENWERDA

Wer kann sich so etwas leisten!

Das hört man oft, wenn von einer Reise, einer behaglichen Wohnung oder sonst einer kostspieligen Sache die Rede ist! Auch Sie können sich „so etwas" leisten, wenn Sie wieder anfangen zu sparen und sich Ihr Ersparnes auf der Sparkasse anlegen!

Kreissparkasse Liebenwerda zu Bad Liebenwerda
Kassenstellen in Biehla, Coßdorf, Hohenleipisch, Mückenberg, Naundorf und Plessa.
Stadtsparkassen: Elsterwerda, Bad Liebenwerda, Mühlberg, Uebigau u. Ortrand (letztere m. Annahmestellen in Gröden, Großthiemig und Hirschfeld).
Gemeindesparkassen: Bockwitz und Falkenberg.

Hermann Galle
Elsterwerda
ist bekannt für gute Ware u. billige Preise
Baumwoll-, Woll-, Leinenwaren, Gardinen, Wäsche, Wolle, Garne u. Strümpfe

Kaufhaus
Paul Bassin
Falkenberg (Bezirk Halle)
Konfektion
Manufaktur
Seiden
Mode-Waren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0008

Agrarprogramm der SPD.

Der Entwurf der Agrarkommission des Parteivorstandes.

III. Die Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert als unentbehrliche Ergänzung eine weitgehende Fürsorge für einen geregelten Absatz. Bereits bei der heutigen unvollständigen Entfaltung der Produktivkräfte treten auf Teilgebieten der landwirtschaftlichen Produktion zuweilen Störungen der Märkte ein. Solche Störungen äußern sich bald in Preisstürzen, die die Produzenten um die Früchte ihrer Arbeit bringen, ohne daß die Konsumenten einen Nutzen davon haben, bald in einer katastrophalen Verteuerung der Lebensmittelversorgung, wobei wiederum die Produzenten durchaus nicht immer die Gewinnenden sind. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine weitgehende Stabilität der Betriebsführung und sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das wilde Auf und Ab der Preise, in das die kapitalistische Anarchie der Märkte die landwirtschaftliche Produktion gestürzt hat, steht im Widerspruch zu der innenen Natur des landwirtschaftlichen Betriebes. Darüber hinaus leiden Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise unter der unnatürlichen vergrößerten Preisspanne, mit der ein aufgebläht und parasitärer Handelsapparat die heutige Volkswirtschaft belastet.

Wir fordern daher:

1. Förderung aller Maßnahmen, die geeignet sind, unsere Kenntnisse von dem Umfang der Produktion, von dem Versorgungsstand der Märkte und von den Bedingungen der Preisbildung zu verbessern. In enger Verbindung mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Erzeuger auf der einen und den Organisationen der städtischen Verbraucher auf der anderen Seite ist die Statistik der Marktbewegungen und das Studium des Absatzes auszubauen und zu vertiefen. Es ist ein ständiger Ausschuß einzusetzen, der, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, die Absatzbedingungen fortlaufend zu prüfen hat. Dieser Ausschuß muß verpflichtet sein, über festgestellte Mißstände in der Absatzorganisation an das Parlament und an die Oeffentlichkeit zu berichten.

2. Unterstützung des direkten Warenaustausches zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften.

Zu diesem Zweck fordern wir die umfassende Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Organisation der Erzeuger und Verbraucher, damit ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion genossenschaftlich erfaßt und von den städtischen Verbraucherorganisationen übernommen werden kann.

Reich, Staat und Gemeinden sind verpflichtet, die Genossenschaftsbewegung zu fördern durch

a) Eingliederung eines Lehrfaches für Genossenschaftswesen in den Lehrplan aller öffentlichen Unterrichtsanstalten,

b) ein dem Wesen des Genossenschaftswesens entsprechendes Steuersystem.

3. Regulierende Eingriffe in die Preisgestaltung. An Stelle der Getreidestelle ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenerzeugnissen zu schaffen. Für die Preispolitik des Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, dergestalt, daß dem Erzeuger ein angemessener Ertrag seiner Arbeit und ein Ersatz seiner Aufwendungen gesichert ist, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung soll berechtigt sein, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, sie soll verpflichtet sein, auch inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Ernteverwertung und zur Stabilisierung des Inlandspreises erforderlich ist. Reichsmittel, die zur Sicherung der inländischen Ernteverwertung bisher privaten Stellen gegeben worden sind, werden auf die Monopolverwaltung übertragen. Die Monopolverwaltung hat ausländisches und inländisches Getreide und Mehl zu den Selbstkosten an den Konsum zu Mischpreisen abzugeben.

4. Auf Grund der bei der Preisstabilisierung des Getreides gemachten Erfahrungen sind schrittweise auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung miteinzubeziehen. Vor allem wird der Ausbau des Genossenschaftswesens bei den Erzeugern und bei den Verbrauchern die Grundlage für eine gemeinschaftliche Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse liefern.

5. Förderung der Bestrebungen, welche die Qualitätsverbesserung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezwecken.

IV. Besteuerung.

Die Steuerpolitik muß den sozialen Zweck erfüllen, das Arbeitseinkommen des Landvolkes zu schonen, und den produktionspolitischen Zweck, den Uebergang des Bodens an den besten Wirt zu fördern.

Deshalb fordern wir, daß das Arbeitseinkommen fortschreitend durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums entlastet wird. Die Grundsteuer ist in eine einheitliche Grundwertsteuer für die gesamte Landwirtschaft zu verwandeln. Sie richtet sich nach dem Wert des nackten Grund und Bodens ohne Berücksichtigung des Wertes des Inventars, der Gebäude und der Bodenverbesserungen. Der Grundwert ist nach dem normalen Reinertrag festzusetzen, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger landwirtschaftlicher Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag. Die Steuerlisten sind bei der Gemeindebehörde offen zu legen. Der zum Zweck der Besteuerung festgesetzte Wert des Bodens ist maßgebend für die Wertberechnung bei der Verpachtung sowie bei der Ausübung eines gesetzlichen Vorkaufs- und Enteignungsrechtes.

V. Forderungen für die Land- und Forstarbeiter.

Die SPD tritt mit gleicher Entschiedenheit für die Land- und Forstarbeiter ein, wie sie jahrzehntelang für die Verbesserung der Lage der Industriearbeiter gekämpft hat. Sie fordert vor allem, daß die drückende Abhängigkeit beseitigt wird, unter der bei der jetzigen Arbeitsverfassung, insbesondere durch das System der Werkwohnungen, die Landarbeiter leiden. Die Landarbeiter sind in sozialpolitischer Hinsicht den industriellen Arbeitern gleichzustellen. Auch ihnen soll der freie Zutritt zum Grund und Boden wieder möglich gemacht werden, von dem sie jahrhundertelang betriebene Klassenherrschaft und Klassenpolitik ihrer Herren ausgesperrt sind. Denen, die fähig und gewillt sind, eine Kleinbauernstelle zu erwerben, soll der Weg dazu erschlossen werden.

1. Für die Landarbeiter müssen Wohnungen bereitgestellt werden, in denen sie nicht dem Einfluß des Arbeitgebers unterworfen sind. Je nach den örtlichen Verhältnissen sind Mietwohnungen durch öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige Stellen oder Eigenheime — in der Rechtsform des Erbbaurechts oder der Reichsheimstätte — zu schaffen. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß derartige Eigenheime bei Stellenwechsel des Landarbeiters von der ausgebenden Stelle wieder übernommen werden, um den Landarbeiter vor Verlusten zu schützen. Alle diese neuen Wohnungen müssen von jeder Verpflichtung zur Arbeit bei bestimmten Arbeitgebern frei sein. Verheirateten ständigen Landarbeitern, die sich in ihrem Berufe bewährt haben und ein Eigenheim erwerben wollen, soll ein gesetzlicher Anspruch auf eine Landarbeiterleimstätte gegeben werden. Die zum Erwerb der Stelle — einschließlich der Baukosten und des lebenden und toten Inventars — notwendigen Mittel sind bis zu 90 Prozent vom Reich und den Ländern darlehnsweise gegen eine Tilgungsrente zu gewähren.

2. Arbeiterwohnungen und -wohnräume, die im Eigentum des Arbeitgebers stehen, sind strengen Bestimmungen über die Beschaffenheit, den Luftraum, die Einrichtung und Beheizung zu unterwerfen.

3. Deputatlohn und Deputatland sind möglichst zu beseitigen. Soweit irgend möglich, ist der reine Barlohn einzuführen.

4. Die zurzeit noch bestehenden Heuerlingsverträge sind als solche zu beseitigen. An ihre Stelle treten freie Pacht und freie Arbeitsverträge.

5. Arbeitszeit und Sonntagsruhe sind durch Reichsgesetz für die Landarbeiter zu regeln. Die tägliche Arbeitszeit darf im Durchschnitt acht Stunden nicht übersteigen. In diesem Rahmen kann durch Tarifvertrag für den Sommer eine längere, für den Winter eine kürzere Arbeitszeit festgesetzt werden.

Die Sonntagsruhe muß im Sommer 36 Stunden, im Winter 42 Stunden betragen. Für die bei der Viehwartung und Haushaltungsarbeit am Sonntag Beschäftigten muß zum Ersatz eine entsprechende Freizeit in der Woche gewährt werden.

Ueberstunden und außergewöhnliche Sonntagsarbeit sind nur bei Gefährdung der Ernte oder des Viehes gegen entsprechende Aufschläge zuzulassen.

6. Die Verpflichtung für den Landarbeiter, noch eine weitere Arbeitskraft, einen sogenannten Hofgänger oder Scharwerker zu stellen, ist völlig zu beseitigen.

7. Dem landwirtschaftlichen Arbeiter muß die Errichtung eines eigenen Hausstandes erleichtert werden. Insbesondere ist bei der Schaffung von Wohngelegenheiten auf dem Lande auch auf die Wohnbedürfnisse dieser Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen.

8. Die schulpflichtigen und die aus der Schule entlassenen jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch Gesetz unter besonderen Schutz zu stellen. Die Schutzbestimmungen zugunsten der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen, sind auszubauen.

9. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sind den industriellen Arbeitern hinsichtlich der Pflichten und Leistungen in der Sozialversicherung, auch hinsichtlich der Verhütung von Betriebsunfällen gleichzustellen.

10. Das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit sind nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich von jeder Beschränkung frei zu halten.

11. Alle ländlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind weitestgehend zu unterstützen.

12. Bei dem Abschluß von Lohnvereinbarungen und bei der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind die Land- und Forstarbeiter den Industriearbeitern nicht nur gesetzlich, sondern auch tatsächlich gleichzustellen.

13. Das Betriebsrätegesetz ist auch für die Landwirtschaft tatsächlich durchzuführen.

14. Die Vermittelung von Land- und Forstarbeitern darf nur durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen, an deren Verwaltung Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen sind.

15. Alle zum Schutz der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen sind auch auf die ausländischen Wanderarbeiter anzuwenden. Es muß verboten werden, daß Wanderarbeiter zu niedrigeren als den für die hiesigen Arbeiter festgesetzten Löhnen beschäftigt werden.

16. Die von der internationalen Arbeitsorganisation angeregten Uebereinkommen über den Schutz und die Versicherung der Land- und Forstarbeiter sind zu ratifizieren.

17. Die Durchführung aller zum Schutz der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen ist durch staatliche Kontrollbeamte (Landarbeiterinspektoren) unter Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft zu übernehmen.

VI. Bäuerliche Sozialpolitik.

Durch Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ist der Verelendung einer landwirtschaftlichen Familie im Falle der Erkrankung eines Familienmitgliedes vorzubeugen.

Für die kleinen Landwirte ist eine Krankenversicherung zu schaffen, die Zahnbehandlung, Wochenhilfe und Sterbegeld mit umfaßt. Diese Krankenversicherung hat jedoch bei der Berechnung der Beiträge und bei der Regelung der Leistungen den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Für einen schnellen kostenfreien Krankentransport zum nächsten Krankenhaus ist in allen ländlichen Bezirken Sorge zu tragen.

Um die Ueberlastung der bäuerlichen Betriebe mit Besitzwechsel-Hypotheken und mit Ausgedinglasten zu verhindern, ist eine obligatorische Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu schaffen, die auf die besonderen Bedürfnisse der kleinbäuerlichen Kreise Rücksicht nimmt.

Die Ueberlastung des Bodens mit Notstands-Hypotheken ist durch obligatorische staatliche Feuer-, Hagel- und Viehversicherung zu verhüten.

Zur Beratung der ländlichen Bevölkerung in allen Rechtsangelegenheiten sind für alle Landbezirke öffentliche unentgeltliche Rechtsberatungsstellen zu schaffen.

*

Zum Kampf um diese Forderungen ruft die Sozialdemokratische Partei alle Arbeitenden auf dem Lande auf, um im Verein mit den arbeitenden Massen der Städte die Fesseln zu sprengen, in die sie Feudalismus und Kapitalismus (Großgrundbesitz und Großkapital) geschlagen haben. Eine tiefe Interessensolidarität verbindet die Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Kampf um die Demokratie für die Bauernschaft die Selbstverwaltung des Dorfes, die Beseitigung der Gutsbezirke, die Verwandlung des Herrschaftsstaates der Grundherren und Kapitalisten in den Wohlfahrts- und Kulturstaat der Arbeiter und Bauern. Die Hebung der Lebenshaltung der industriellen Arbeiter, ihre Sicherung gegen Verelendung durch Krankheit und Alter zieht die Erhöhung der nur allzu gedrückten Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung nach sich. Die Steigerung der Kaufkraft der Industriearbeiter erhöht die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten der bäuerlichen Betriebe und sichert ihnen Absatz und besseren Ertrag. Der Sieg der arbeitenden Massen in Stadt und Land unterwirft Großgrundbesitz und Großkapital der Herrschaft der Gesellschaft und befreit die Landwirtschaft von der Unsicherheit und den Wechselfällen des Marktes und der Spekulation. Weit entfernt davon, den Bauern von seiner Scholle zu verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter. Sie beseitigt die Ausbeutung durch das Handels- und Bankkapital und stellt die ungeheure Macht der Gesellschaft bewußt und planmäßig in den Dienst der Steigerung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der arbeitenden Masse in Stadt und Land.

Durchdrungen von dieser Erkenntnis der Interessengemeinschaft, die alle Arbeitenden im Kampfe gegen die Profitwirtschaft verbindet, erblickt die Sozialdemokratie in der Eingliederung der ländlichen Massen in ihre Reihen eine ihrer dringendsten Aufgaben; denn diese Vereinigung beschleunigt den Sieg und macht ihn zu unumstößlicher Gewißheit.

(Schluß.)

Sport und Spiel.

Bezirksmeisterschaftsspiele in Halle.

Um den Aufstieg zur 1. und 2. Klasse.

Fortuna (Dölau) als Meister der 1. Gruppe gelang es, Kröllwitz (Meister der 2. Gruppe) mit 5:1 und **Viktoria** (Meister der 3. Gruppe) mit 5:3 zu schlagen. Das letzte Spiel zwischen Kröllwitz und Viktoria findet nun am kommenden Sonntag, dem 16. Januar, auf dem Minervasportplatz am Gesundbrunnen statt. Ein bester Kampf um den zweiten Platz in der Tabelle! Zugleich wird er ein Gradmesser der kommenden Serienspiele sein, da bekanntlich beide Mannschaften der 1. Gruppe angehören. Die Tabelle lautet:

	gespielt	gew.	unentsch.	verl.	Tore		Punkte	
Fortuna (Dölau)	2	2	—	—	10	4	4	0
Sportv. Kröllwitz	1	—	—	1	1	5	0	2
Viktoria	1	—	—	1	3	5	0	2

Das Spiel beginnt ½3 Uhr auf dem Minervaplatz. Vorher ¾1 Uhr spielen um die Meisterschaft der 2. Klasse

Brachstedt I — Kröllwitz II.

Zwei gleichstarke Mannschaften werden ein flottes Spiel zeigen. Gelingt Brachstedt der Sieg, dann muß noch Fortuna II besiegt sein, um in die 1. Klasse aufsteigen zu können.

Um die Meisterschaft in der 3. Klasse treffen sich 11 Uhr

Diemitz II — Viktoria III.

Gewinnt Diemitz das Spiel, so werden in kommenden Serienspielen Diemitz 1. und 2. Mannschaft die 2. Klasse spielen. Das schönste Spiel wird um die Meisterschaft der Jugendklasse zwischen

Wörmlitz Jgd. und Bruckdorf Jgd.

¾10 Uhr ausgetragen. Beide Mannschaften sind in Form. Ein Besuch zu den Spielen wird sich sehr lohnen, da in allen vier Spielen die Besten der einzelnen Klassen gegenüberstehen.

Minerva-Sportplatz ◆ am Gesundbrunnen

Sonntag, den 16. Januar 1927:

Bezirks-Meisterschafts-Spiele

2 Uhr nachmittags:

Kröllwitz I — Viktoria I

½1 Uhr nachmittags:

Brachstedt I — Kröllwitz II

11 Uhr vormittags:

Diemitz II — Viktoria III

¾10 Uhr vormittags:

Wörmlitz Jgd. — Bruckdorf Jgd.

2. Kreis (ATSB.) 6. Bezirk

Fußball

Amtliche Bekanntmachung.

Nachstehende Spiele sind in der Fußballbörse am 12. Januar zum 16. Januar abgeschlossen worden. Alle angesetzten Schiedsrichter haben restlos zu erscheinen, sonst satzungsgemäße Bestrafung.

W. Rümpler, Obmann.

10 Uhr	Fortuna 1. Jgd. — Kröllwitz Jgd.		(Lettin)
½12 „	Fortuna III — Löbejün II		(Kistania)
1 „	Fortuna II — Löbejün I		(Sportlust)
½8 „	Fortuna I — Wörmlitz I		(Hübler-ASC.)
10 „	Trotha Jgd. — Zörbig Jgd.		(Diemitz)
½12 „	Trotha II — Zörbig II		(Löbejün)
2 „	Trotha I — Zörbig I		(Richter-Fortuna)
9 „	Viktoria 2. Jgd. — Wörmlitz 2. Jgd.		(Kröllwitz)
½3 „	ASC. I — Holzweißig I		(Garitsch-Zörbig)
12 „	Lettin III — Teicha III		(Teicha)
½2 „	Lettin II — Sportlust II		(Fortuna)
3 „	Lettin I — Diemitz I		(Stengel-Kröllwitz)
1 „	Reideburg II — Teicha II		(Trotha)
½3 „	Reideburg I — Teicha I		(Wege-Wörmlitz)

Schiedsrichter-Vereinigung.

Am Freitag, dem 21. Januar, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen Neuwahlen. Alle Schiedsrichter haben restlos zu erscheinen.

W. Rümpler, Obmann.

Amtliche Bekanntmachung.

Zu den am Sonntag, dem 16. Januar, auf dem Minervasportplatz stattfindenden Bezirksmeisterschaftsspielen haben folgende Vereine zu entsenden:

½3 Uhr: Schiedsrichter Krüger (Teutonia). Linienrichter: Wörmlitz und Giebichenstein je zwei. Berichterstatter Nr. 8.

¾1 Uhr: Schiedsrichter Kuhne (ASC.). Linienrichter: Trotha. Berichterstatter Nr. 13.

11 Uhr: Schiedsrichter Ballschuh (Sportlust). Linienrichter: Minerva. Berichterstatter Nr. 1.

¾10 Uhr: Schiedsrichter Kosch (Ammendorf). Linienrichter: Fichte. Berichterstatter Nr. 1.

½10 Uhr melden sich bei Eurich als Ordner und Kassierer je zwei Sportgenossen von Kröllwitz und Fichte.

½1 Uhr werden obige abgelöst von je zwei Sportgenossen von Sportlust und Teutonia.

Minerva sorgt für ordnungsmäßigen Aufbau des Spielfeldes und stellt die Bälle. **Der Bezirksvorstand.** J. A.: Fr. Pabst.

Handball

Verbindlich.

Zum 16. Januar finden noch folgende Spiele statt:

3 Uhr	Othello I — Schwimmer I	(Othelloplatz) (Perl-Minerva)
11 „	Dölmitz I — Kanena I	(Bruckdorf) (Richter-ASC.)
½3 „	Minerva II — Bennstedt I	(Gölme) (Kohle-Othello)
½2 „	Frisch auf II — ASC. II	(Nietleben) (Schaaf-Wörmlitz)
¾11 „	Viktoria — Sportfreunde Sportlerinnen	(Sandanger) (Diener-ASC.)

Folgende Spiele fallen aus:

Minerva I — Kanena I
Othello I — Diemitz I
Adler II — Fichte II (Ammendorf)
Schaffstadt Jgd. — 09 Jgd.
Giebichenstein 1. Schüler — Othello 1. Schüler.
Giebichenstein 2. Schüler — ASC. 2. Schüler.

Zeitlich geändert sind:

Wörmlitz Sportlerinnen — Sportlust (Sportlerinnen) um 1 Uhr, nicht um 2 Uhr:
Seeben I — 09 I um 1 Uhr in Trotha (Umkleidelokal: Liebigs Restaurant, Petersberger Str. 2).
Seeben sieht seine Schülermannschaft zurück.
Frisch auf I — ASC. I spielt ½3 Uhr in Nietleben. Adolf Werge.

Deutscher Rekord im Gewichtheben.

Der deutsche Athlet Wagner (Würzburg) stellte einen neuen deutschen Rekord im Gewichtheben auf, indem er 208 Pfund in beidarmigem Reißen zur Hochstrecke brachte.

Auch Sie müssen Sport treiben!

Wenn Sie Interesse haben für

Tennis, Rudern, Hockey, Leichtathletik

wenn Sie diese Sportarten im Kreise gleichgesinnter Menschen ausüben wollen, dann geben Sie sofort Ihre Adresse in der Volksblattbuchhandlung in Halle, Große Ulrichstraße 27, ab. Sie erfahren dort alles Nähere.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., Harz 43/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0009

Rundfunk

Thomson und Feddersen.

Die Berechnung der Wellen und der Nachweis ihrer Richtigkeit.

Die Wellennatur des elektrischen Funkens ist heute so bekannt, daß sie als etwas Selbstverständliches hingenommen wird. Wir gewöhnen uns mit dem Fortschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnisse und ihrer praktischen Anwendung immer mehr daran, viele Tatsachen einfach als bekannt voraussetzen, und vergessen gar zu leicht, wie unendlich viel Arbeit nötig war, um gerade die grundlegenden Erkenntnisse zu erhalten. Im Bereich der Elektrizität haben wir das sonderbare Schauspiel erlebt, daß diese geheimnisvolle Kraft praktisch ausgenutzt wurde, bevor man ihr Wesen selbst begriff, oder aber, daß Hypothesen und Berechnungen aufgestellt wurden, die erst sehr viel später durch gelungene Experimente nachgeprüft werden konnten.

So hatte auch der große englische Physiker

Sir William Thomson,

der spätere Lord Kelvin, eine Formel aufgestellt, nach der sich die Wellenlänge von elektrischen Schwingungen berechnen ließ, wenn die theoretische Annahme, daß es solche Schwingungen überhaupt gäbe, zutreffen sollte. Die Behauptung, daß z. B. der Funke, der sich bei der Entladung von Leydener Flaschen bildet, nicht in einer Richtung gleichförmig verlaufe, daß vielmehr die Elektrizität zwischen den beiden Belegen der Flasche hin- und herschwanke, war von namhaften Gelehrten wie Helmholtz und Kirchhoff ebenfalls auf Grund ihrer Beobachtungen aufgestellt worden. Auch der englische Physiker Wollaston hatte aus der Tatsache, daß sich bei der Entladung von Leydener Flaschen durch Wasser an beiden Elektroden sowohl Wasserstoff als auch Sauerstoff bildete, auf das Hin- und Herschwanken der Elektrizität geschlossen. Thomson berechnete den Schwingungsverlauf, daß eine Schwingung eine Wellenlänge, immer so lang sein müsse, wie die Wurzel aus der Selbstinduktion mal Kapazität, multipliziert mit zwei mal 3,14. Dieses Gesetz ist auch heute noch Grundgesetz der Funktechnik. In den Funk-Sende- und Empfangsgeräten sind Schwingungskreise zur Verwendung gekommen, die auf bestimmte Wellenlängen abgestimmt werden können. Ein solcher Schwingungskreis besteht stets aus einer Spule (der Selbstinduktion), die auch unter Umständen ein einfacher Draht sein kann, dem Kondensator (der Kapazität) und dem Widerstand, den der Draht der Spule und der Kondensator dem Durchgang des Stromes entgegensetzt. Je größer die aufzunehmende Wellenlänge ist, um so größer muß die Spule sein. Der Kondensator soll Elektrizität aufspeichern. Daher spricht man von seiner Ladefähigkeit, seiner Kapazität, und meint damit die Aufnahmefähigkeit für eine bestimmte Elektrizitätsmenge. Die Größe der Spule und des Kondensators bestimmen zusammen die Wellenlänge. Durch Aenderungen in der Größe des Kondensators und der Spule werden die Empfänger und auch die Sender abgestimmt. Nach der Thomsonschen Formel also kann man diese Größen genau berechnen. Aber auch diese heute in der Praxis so bewährte Formel hatte nur theoretischen Wert, solange es nicht möglich war, diese Schwingungen tatsächlich nachzuweisen.

Das gelang dem jungen Physiker

Berend Wilhelm Feddersen,

der sich schon als Student mit dem Wesen der Leydener Flaschen, die ja elektrische Kondensatoren sind, beschäftigt hatte. Nach bestandenem Doktorexamen war er nach Leipzig gekommen, und dort gelang es ihm nach langen und für die Mittel jener Zeit ausreichen Versuchen, die Schwingungen, die bei elektrischen Entladungen auftreten, sichtbar zu machen und die Richtigkeit der Thomsonschen Formel nachzuweisen. Feddersen hatte der Funkstrecke eines aus Leydener Flaschen und einem in seiner Länge veränderlichen Draht bestehenden Schwingungskreises in etwa ½ Meter Entfernung einen von einem Uhrwerk gedrehten Spiegel angeordnet. Er erreichte dadurch, daß die elektrischen Funken in dem sich drehenden Spiegel wie ein leuchtendes Band wirkten, etwa so, als wenn man ein glimmendes Streichholz im Kreise schwingt. Unter dem Spiegel ordnete er eine photographische Platte oder einen Schirm an. Nun stellte er die merkwürdige Erscheinung fest, daß auf dem sich drehenden Spiegel nicht ein fortlaufendes leuchtendes Band, sondern nur ein von regelmäßigen Stellen unterbrochenes Leuchten erschien. Die dunklen Stellen aber, die so fortlaufend auf dem Spiegel abgebildet wurden, bewiesen im Verein mit den hellen die Wellennatur der elektrischen Entladung. Aber mehr noch! Wenn Feddersen die Anzahl der Kondensatoren, d. h. Leydener Flaschen, verdoppelte, so nahm der Abstand zweier dunkler Stellen stets im Quadrat zu. Wenn er also zwei Leydener Flaschen statt nur einer einschaltete, dann wuchs der Abstand der dunklen Flecken auf das Vierfache, bei vier Flaschen auf das sechzehnfache, bei acht Flaschen auf das vierundsechzigfache usw. Das gleiche Ergebnis zeigte sich, wenn er den Draht, also die Selbstinduktion, entsprechend veränderte. Damit war die berühmte Thomsonsche Formel sichtbar durch das Experiment bewiesen.

Leider zog sich Feddersen, dem diese wissenschaftliche Großtat in den Jahren 1857 bis 1862 gelungen war, nur zu bald von der aktiven wissenschaftlichen Forschung zurück. Im Jahre 1866 veröffentlichte er noch eine Arbeit über die Flaschenentladungen; dann zwang ihn die Sorge um den Gesundheitszustand seiner ersten Gattin, diese Arbeiten einzustellen. Auch nach seiner zweiten Heirat blieb er der Forschungsarbeit fern. Feddersen wurde am 26. März 1832 zu Schleswig geboren. Er besuchte dort die Schule, ging später, als die Tänen die Schule danisieren wollten, nach Gotha und studierte in Berlin und Kiel. Er hörte Vorlesungen des heute wieder berühmten Physikers Magnus, auf dessen Untersuchungen über die Ablenkung der Geschosse aus ihrer Flugbahn der Flettner-Rotor beruht. Auch der Physiker Weber, der zusammen mit Gauß einen elektrischen Telegraphen erfunden hatte, war einer seiner Lehrer. Von 1858 bis zu seinem am 2. Juli 1918 erfolgten Tode lebte er ständig in Leipzig. Der Physik hat er stets seine Liebe bewahrt. Vielleicht hat er selbst es als ein bitteres Schicksal betrachtet, daß ihm nach anfänglichen vielversprechenden Erfolgen die weitere Förderung der Wissenschaft versagt blieb.

W. M.

London – Neuyork

Einer offiziellen englischen Darstellung entnehmen wir die nachfolgenden Ausführungen über die technische Seite des kürzlich eröffneten Radiosprechverkehrs von London nach Neuyork: „Jeder Abonnent des Londoner Distrikts wird nunmehr in der Lage sein, von seiner Wohnung oder seinem Bureau aus mit jedem Telephonabonnenten im Neuyorker Distrikt zu sprechen. Spricht der Londoner Abonnent z. B. vom Tische seines in der City befindlichen Bureaus aus, so wird seine Stimme zunächst mittels der gewöhnlichen unterirdischen Kabel zum Fernamt in der Nähe der Sankt-Pauls-Kathedrale geleitet. Von dort geht der Strom mittels spezieller Leitung zur drahtlosen Station von Rugby und wird hier in drahtlose Wellen verwandelt, die den Atlantischen Ozean überqueren und von der drahtlosen Station Houlton der Vereinigten Staaten aufgenommen werden. Von Houlton (wo die drahtlosen Wellen in gewöhnlichen telephonischen Strom zurückverwandelt werden) wird der Strom auf dem Landwege über 500 Meilen nach dem Neuyorker Fernamte und von dort an die betreffende Neuyorker Telephonanschlußstelle weitergeleitet."

Wir wollen nunmehr den etwas anderspartierten Prozeß verfolgen, der sich vollzieht, wenn der amerikanische Teilnehmer antwortet. Seine Stimme wird zunächst zum Fernamte Neuyork und von dort mittels unterirdischer Kabel nach der drahtlosen Station auf Long Island geleitet. Hier wird sie ebenfalls in drahtlose Wellen verwandelt, überquert als solche den Ozean und wird von der englischen Station in Wrenthorn, in der Nähe von Swindon, aufgenommen, in Telephonstrom zurückverwandelt und vom Londoner Fernamte an den Londoner Abonnenten weitergeleitet. Um eine Neuyorker Nummer anzurufen, ist nichts anderes nötig als die Zentrale anzuwählen, dort den „Amerikanischen Dienst" zu verlangen und Namen, Adresse und Telephonnummer des amerikanischen Teilnehmers mitzuteilen. Freilich wird die neue Verbindung infolge gewisser atmosphärischer Störungen und besonders der vorläufig noch enorm hohen Kosten zunächst im wesentlichen auf äußerst wichtige geschäftliche und diplomatische Gespräche beschränkt bleiben müssen.

Leipzig-Dresdener Wochenschau.

Das Programm der Abendveranstaltungen der „Mirag" befriedigt immer noch nicht. Auch in der neuen Woche wird wiederum recht wenig Populäres geboten, dafür um so mehr in Gestigkeit gemacht. Man will eben durchaus den Geschmack der Rundfunkhörer hochsetzen, ein Beginnen, das auf diese Weise sicherlich nicht zu erreichen ist.

Den Sonntag hat man wenigstens für ein Orchesterkonzert vorbehalten. Dagegen gibt es am Montag eine Opern-Uebertragung von Weimar: „Die Macht des Schicksals" von Verdi. Wir sind auch wie vor gegen diese Theaterübertragungen, deren Wirkung noch unter der der Sendespiele steht. Am Dienstag und Mittwoch funkt man gleich an zwei Tagen „Konzert und Rezitationen" und „Gesang und Rezitationen". Beides auf einen Abend verteilt, hätte genügt. Denn am Donnerstag wird das Gebiet der Hörer bereits wieder von einer auf derselben Linie liegenden Ludwig-Thoma-Feier beansprucht, wozu am Freitag noch das Symphoniekonzert tritt. Man wird aufatmen, wenn es Sonnabend ist, denn dann gibt es endlich einen Liederabend, der sicherlich mehr dem Geschmack des großen Publikums entsprechen wird.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357,1).

Sonnabend: 3.30 bis 4 Uhr: Uebertragung vom Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Konzert. 6.05 bis 6.20 Uhr: Funkbastelstunde. 6.20 bis 6.30 Uhr: Steuerrundfunk. 6.30 bis 7 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 7 bis 7.30 Uhr: Dr. Kaufe: „Passagierflüge im Winter". 7.30 bis 8 Uhr: Staatsanwalt Dr. Alexander: „Wider Straßendiskiplin". 8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe. 8.15 Uhr: Vorspielstücken. 10 Uhr: Presbericht und Sportfunk. 10.30 bis 12 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Sonnabend: 3.30 bis 4 Uhr: Esperanto. 4 bis 4.30 Uhr: Frl. von Rüsling: „Das kaufmännische Schulwesen". 4.30 bis 5 Uhr: Das Neueste aus der Jugendpflege, Heimkehrerfürsorge". 5 bis 5.30 Uhr: Reichsinnenminister Dr. Külz: „Beamtenbildungsfragen". 5.30 bis 6 Uhr: Bruno Pfeifer, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Deutschen Buchdruckerverbandes: „Der Arbeiter und das Buch". 6 bis 6.30 Uhr: Baurat Schubert: „Neuzeitliche Maßnahmen der Bauwirtschaft zur Verbilligung des Wohnungsbaues". 6.30 bis 7 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 7 bis 7.30 Uhr: Dr. Praskauer, Breslau: „Schwindsuchtsbekämpfung einst und jetzt". 7.30 bis 8 Uhr: Dr. Werner Maschola: „Die deutsche Oper im 19. Jahrhundert". 8.30 Uhr: „Im Warenhaus". Ein heiteres Hörspiel von Richard Loth. 10.30 bis 12.30 Uhr: Tanzmusik.

Der Maurerstudent.

10 Roman von Erdmann Graeser.

„Besser, als wenn sie tanzen jeht," sagte Frau Bergholz. Und ablenkend fragte sie dann: „Hat Ihnen mein Mann denn von unse Laube erzählt? — Nee —? Da müssen Se mal 'rauskommen, wenn alles blüht . . .!"

„Kann er ja schon morgen," sagte Bergholz. „Ich bin morgen den janzen Tag draußen und hab' zu nageln."

„Na — und wie is et denn mit Jochen — wirst'n schlachten?"

„Jochen," sagte Bergholz erklärend, „is een oller Kanickelbock, den haben wir woll schon Stücker drei Jahre — aber nu is er im Winter blind jeworden und quält sich man bloß. Da is 's doch am jescheitesten, ick schlachte ihn und Mutter macht Frikassee von!"

„Na, bloß aus Mitleid müssen wir'n essen," sagte Frau Bergholz kummervoll. „Na — und da kommt ja auch Lizzie!"

Ein großes schwarzhaariges Mädchen war in die Küche getreten.

„Na — bisse wieder fromm jewesen?" sagte Bergholz.

Aber sie antwortete nicht, starrte verwundert Willy an, der sich erhoben hatte.

„Na, jib ihn man die Hand, der beißt nich," sagte Frau Bergholz. „Jefällt dir woll?"

Das Mädchen wandte sich ab, nestelte an der roten Korallenkette, legte ein kleines schwarzes Büchlein hinter die Gardine und schien unschlüssig, ob es bleiben sollte.

„Setz' dir doch," sagte Bergholz, „det is hier unser neuer Lehrling, so einen haben wir noch nicht jehabt, und darum hab' ick ihn auch mal zeigen wollen. Mutterns Kartoffelpuffer haben ihr jeschmeckt, denn er hat seinen ufjefessen. Morgen will er bei uns in die Laube kommen — da könnt ihr euch beide beschnüffeln, denn nu, det merk ich schon, will er wieder jehen und ick will die Hecke für die Vögel zurechte machen."

Der erste wirkliche Frühlingssonntag. Willy war in aller Frühe schon auf, während das ganze Invalidenhaus noch schlief. Die blaue Spirituosflamme tanzte unter dem Spirituskocher, das Kaffeewasser begann schon zu summen.

Sonntags war er wieder der, der er in seiner Studentenzeit gewesen, als er es liebte, sich ohne Hast anzukleiden. Nun nahm er den Rasierspiegel vom Fensterbrett — er war fertig, soweit wie er jetzt fertig sein wollte. Auf dem Bett, das er sich selbst in Ordnung brachte, lag das frische Hemd, daneben der Kragen und Schlips, am Schranke hing der Sonntagsanzug, und daneben standen die neuen Chevreauschuhe.

Als er das Fenster öffnete und hinausblickte, war da ein funkelndes Blau — die Finken sangen in den alten Kastanienbäumen — es schien ihm, als bereite sich ein Fest vor.

Als er das siedende Wasser über den gemahlenen Kaffee in den Karlsbader Trichter goß, füllte sich das Stübchen mit aromatischem Duft. Aus einer großen Blechbüchse nahm er für die größten Zwieback — dann setzte er sich mit seinem Frühstück ans offene Fenster, sah auf den zarten, grünen Hauch im Geäst der Bäume, blickte den zerflatternden Rauchwölkchen der Zigarre nach, lauschte dem Erwachen der Stadt.

Er überlegte, was er mit diesem herrlichen Tag, der ihm nach mühseliger Wochenarbeit gehörte, am besten beginnen könnte.

Allmählich wurde es im Hause lebendig, man hörte Schritte auf den langen Korridoren, Türenklappern — und plötzlich klopfte es.

„Bist du auf, Willy?" fragte der Großvater.

Er erhob sich eilig, öffnete und schüttelte dem alten Herrn überrascht die Hand. „Nanu, so früh?"

Der Oberst war schon im Sonntagsrock mit dem Ordensbändchen, nur daß er noch keinen Kragen umgenäht und noch Filzschuhe trug.

„Junge — was hast du Großmama gestern angetan — das arme, arme Charlottchen! Stocherst im Essen, stellst es beiseite, läufst fort! Den ganzen Abend haben wir auf dich gewartet."

„Ihr hattet doch Besuch —"

„Deswegen brauchst du doch nicht abseits zu gehen! Wir wollten doch gerade mit dir etwas besprechen — einen Ausflug nach Potsdam — für den Fall, daß schönes Wetter ist — und nun fiel dir den strahlenden Tag an!"

Wie vom Glücksgefühl überwältigt, breitete der Oberst die Arme nach dem offenen Fenster aus und atmete tief auf. „Wir möchten doch gern Fräulein von Bemack etwas zeigen — Sanssouci oder die Pfaueninsel — was meinst du?"

„Da wimmelt's doch heute von Menschen —"

„Was tut's!"

„Euch nicht — aber ihr vielleicht!"

„Was hast du gegen sie?" fragte der Oberst verwundert. „Ist sie nicht ein entzückendes Geschöpf? —"

„Gewiß — dann fahrt ihr also nach Potsdam?"

„Wie ist das zu verstehen? Du sollst doch mit!"

„Ich? Aber ich wollte doch mittags zu den Eltern — und nachmittags zu einem vom Bau, der hat ein Stück Laubenland — — — —"

Der alte Herr blickte enttäuscht drein „Geht das nicht zu ändern — ich meine ohne Verstimmung gegen dich?"

„Gewiß — Großpapa, wenn du es wünschst?"

„Brav — vernünftig! Denn sag' ich Charlottchen jetzt Bescheid! Komm' in einer halben Stunde zu uns, dann werden wir alle soweit sein! Uebrigens — wenn du schon fertig bist, könntest du ja die Droschke besorgen, die uns nach dem Bahnhof bringt . . ."

Potsdam in der Stimmung dieses Frühlingsmorgens! Von überallher Glockenklang. Auf den Straßen, beim Bahnhof, Ausflügler, die weiter in die Umgebung strebten . . .

Großmamas wegen mußte man ganz langsam gehen. Die Alten, froh, daß die Zurückhaltung der Jungen endlich zu schwinden schien, begannen nun munter um sich zu blicken und Bemerkungen auszutauschen.

„Was bloß in den Jungen gefahren war?" sagte die alte Dame. „Es war geradezu beleidigend für unseren Gast — eine solche Steifheit!"

„Beruhige dich — Charlottchen, beruhige dich — —" flehte der Oberst und drückte ihren Arm zärtlich an sich. Doch — Großmama war noch immer empört.

„Ich verstehe den Jungen gar nicht — hat er denn keine Augen im Kopf? Wie entzückend sieht diese Brigitte aus, wenn sie lacht — und dann — diese Veilchenaugen und dieses blonde Haar! Ach, da wärst du anders gewesen, mein Carlos!"

Sie waren stehengeblieben, hatten sich innig in die Augen gesehen. „Mein Charlottchen!" — —

Ja — fast beschämt über seine abweisende Haltung hatte Willy sein Benehmen sofort geändert, als er spürte, daß Fräulein von Bemack keineswegs das, hochmütige Mädchen war, das er in ihr vermutete und das sie nach ihren Vorzügen hätte sein können. Zutraulich-sanft war ihr Wesen während der ganzen Zeit geblieben — nun spürte er, wie froh sie plötzlich wurde, als sie den Wechsel seines Verhaltens merkte.

Wie sie da zwischen Jasmusbecken, in Laubengängen, an der Seite Grazie der Marmorhallen vorüber, durch den Frühlingspark schritten, unterlag Willy ganz dem Zauber dieses Mädchens.

„Ich bin nach Berlin gekommen, um mich ausbilden zu lassen — Papa hat schließlich nachgegeben, als man ihm sagte, ich könnte eine große Künstlerin werden."

„Sie singen?"

„Nein — ich spiele Klavier — Fräulein Cederland sagte, daß ich bei ihr nichts mehr lernen könnte. Papa meinte, nun sei es genug — aber dann wurde im Winter ein Wohltätigkeitskonzert im Rathause gegeben, bei dem ich auch spielte — und da ist Papa nachher so bestürmt worden, daß er nicht mehr abschlagen konnte."

Nun wußte er doch etwas von dem, was sie erfüllte, konnte auch von sich sprechen, sprach und entdeckte dabei selbst eine gewisse Romantik in seinem Leben, diese Doppel-Existenz, die Sonntags aus dem Arbeiter sein in die frühere Welt zurückkehrte und deren Formen und Anschauungen wieder annahm.

„Wie der Märzenprinz, der die Hirtentracht plötzlich wegwirft," sagte Brigitte von Bemack.

Er blickte sie an, ob sie nicht spöttisch dabei lächelte, aber sie war selber ganz ernst und nicht von diesem Vergleich.

Da wurde er plötzlich kühn: „Es der Hirt das aber tat, wollte er die Prinzessin küssen . . ."

Als er sie anblickte, hielt sie ihr feines Näschen geradeaus, hatte die Wimpern gesenkt, schlugte und sagte plötzlich sehr erfreut: „Eine Schwalbe — — sehen Sie da!" Und sie wies auf das Tierchen, das in zierlichen Bogen über die Rasenfläche strich.

„Ja — eine Schwalbe" wiederholte er und beugte sich vor, suchte ihren Blick.

Und plötzlich sah sie ihn an — es war ein langer Blick, in dem sich beider Augen verfingen. Sie erblaßte dabei, die feinen Nasenflügel zitterten.

Dann, wie erschöpft, wandte sie sich ab, atmete tief auf. Nun gingen sie noch ein Weilchen spazieren, aber jetzt blieb sie plötzlich stehen: „Wir müssen auf die Frau Oberst warten . . ."

Er aber sagte — leise, als sprähe er nur zu sich: „Ich liebe dich — schöne Brigitte von Bemack!"

Als das alte Paar herangekommen, hielt sich Brigitte zur Großmama, und sofort setzte der Oberst Willy mit Beschlag.

7.

Wunderlich sah sich nach einem solchen Tage wieder zwischen Kalkgruben, Zementsteinen, Gerüststangen und Leitern zu befinden. Den ganzen Tag ratterten die Lastkraftwerke heran, wurden Steine abgeladen und aufgeschichtet, hörte man den langgezogenen Ruf der Zementjager, gleich darauf das Poltern der abgeworfenen Steinlast.

Willy sah eine Verbindung zwischen Pfeilern zu mauern, aber durch ungleich aufgetragenen Mörtel zwischen den einzelnen Steinschichten war eine Wölbung entstanden, die sich nicht ausgleichen lassen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270114-14/fragment/page=0010